

# Dresdner Volkszeitung

Organ für das werkt

Buchdruckerei: Dresden  
Raben & Comp., Nr. 1208

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der 24.

Bewegungspreis einschließlich Bringerichter mit den spätesten Beiträgen "Blatt der Arbeit" und "Volk und Zeit" für einen halben Monat 1 M. Einzelnummer 10 M.

Telexgramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Mittwochspausa 10. Februar 1926. 4  
Kunde nur montags von 12 bis 1 Uhr.  
Geschäftsführer: Mittwochspausa 10. Februar 1926 und 12. Juli.  
Geschäftssitz von 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Am 31. Oktober

wählen alle die Liste 4

Wandzeitung. Grundpreise: die 20 mm breite Komparelle 20 M., die 30 mm breite Reklamezeile 150 M., für ausschließlich Anzeigen 35 M. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Dienstleistungen 10 M. Prospekt. Für Briefbeschaffung 10 M.

Nr. 251

Dresden, Mittwoch den 27. Oktober 1926

37. Jahrg.

## Für die sozialistische Friedenspolitik

### Keine Parteipräzision!

Von Artur Grispie, M. d. R.

Eine sonderbare Einheitsfront hat sich im sächsischen Landtagswahlkampf gegen die Sozialdemokratische Partei herausgebildet. Kommunisten, Nationalsozialisten (Antikeniten) und „Alt-Sozialdemokrat“ greifen unter Partei wegen der logenmässigen Erfüllungspolitik an. Sie behaupten, durch das Dawes-Abkommen werde die deutsche Arbeiterschaft vom internationalen Kapital verschlaf. Von Kommunisten und Nationalsozialisten in dieser Weise angegriffen zu werden, überrascht uns keineswegs. Wir sind einig darüber, dass weder die Kommunisten noch die Nationalsozialisten jemals eine politische Situation verstanden und richtig gewurdigt haben. Einige Verwunderung aber muss es erregen, wenn sich nun auch die logenmässigen „Alt-Sozialdemokraten“ in jene „nationale Front eines wehrhaften und machenden Deutschlands gegen die Siegerstaaten“ begeben. Diese Notwendigkeit ist von den Alt-Sozialdemokraten erst erkannt worden, nachdem sie sich von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands getrennt haben. Sie fühlen jetzt, dass sie in Verlegenheit sind, den Wählern die Notwendigkeit ihres Doktrins als neuesten Parteidoktrinen nachzuweisen.

schon der Name „Alte Sozialdemokraten“ ist verwunderlich. Vergleichbar jucht man nach einer Erklärung dafür, warum sie diesen merkwürdigen Namen angenommen haben. Sollen die Alt-Sozialdemokraten aussprechen, dass sie die Sozialdemokratie seien, wie sie von Marx, Engels, Lafitte, Babel und Liebknecht begründet wurde? Das wäre eine nicht ernst zu nehmende Überheblichkeit. Denn sie würden damit zu behaupten wagen, dass die millionenstarke Sozialdemokratie zu bestehen aufgehört habe. Richtig wäre es schon, wenn sie sich als „Alt-Sozialdemokraten“ bezeichnen würden, d. h. als sozial (umsozialistisch, undemokratisch) Führer, die sich bewusst gegen den demokratischen und sozialdemokratischen Grundtag auslehnen, das in der Gesellschaft alle Macht vom Volk ausgehen hat, in der Partei von den Mitgliedern. Hier gelten die Worte des Genossen Roh, Hamburg, die er als Berichterstatter über den Konflikt in Sachsen auf dem Heidelberger Parteitag gesprochen hat. Genosse Roh sagte, ganz im Sinne der guten alten sozialdemokratischen Tradition, es dürfe niemals so weit gehen,

„dass Genossen in führenden Stellungen sich dauernd in Widerstreit zur Saltung der Gesamtpartei und der Organisation seien. Immer wieder muss ich das, was ich getan und vertreten habe, auch vor der Masse der Parteigenossen rechtfertigen können. Wenn ich mich dauernd von der Masse loslöse, dann bin ich nicht mehr ihr Führer, sondern steht ich ohne eine Gefolgschaft da, und das ist ein unhalbbarer Zustand... Wenn ich das nicht mehr vertreten kann, was die Parteigenossen wollen, dann sage ich: Ich legt mein Amt in eure Hände zurück.“

Durch stürmischen Beifall brachte der Parteitag zum Ausdruck, dass diese Worte einmütig von der Gesamtpartei gebilligt werden.

Die Alt-Sozialdemokraten haben sich von der Partei gelöst, weil sie sich den Beschlüssen der Mitglieder nicht fügen wollten. Jetzt bei den Wahlen appellieren sie wieder an die Massen. Wollen sie etwa nach der Wahl wieder eine Politik nach ihrem Kopf gegen die Massen betreiben?

Am Anfang handelte es sich um faktisch Meinungsverschiedenheiten. Dann kamen Trost und Auflehnung gegen die sächsische und schlesische gegen die Gesamtpartei hinzu. Keine geschichtliche Katastrophe, wie der Weltkrieg, schuf tiefe grundlegende Gegensätze, und selbst die durch solche Grundlage ausgelöste Spaltung der Sozialdemokratischen Partei in Wehrbeitssozialisten und in Unabhängige musste verhindern, als nach Krieg und Revolution eine neue politische Situation den geschilderten Kampf um brennende Lagesfragen forderte, die zu Lebensfragen für das Proletariat geworden sind und ohne deren Lösung an eine Weiterentwicklung zum Sozialismus nicht zu denken wäre. Die Bevölkerung der Republik und ihr soziales Ausbau fordern ein Maximum an Geschlossenheit der sozialdemokratischen Bewegung. Wer sich im Arbeiterlager dieser Einigkeit veräußert, schädigt den Kampf des Proletariats um seinen Anfang und um seine Fortsetzung.

Die Alt-Sozialisten bemühen sich mit grossem Eifer, Gründe für ihre Parteidoktrin zu machen. Dabei geraten sie auf eine feine Ebene des Kampfes gegen die sozialistische Friedenspolitik. Wobei sie wiederum ein paar Kleinigkeiten übersehen. Die Ausbeutung der Arbeiter Deutschlands ist nicht erst durch das Dawes-Abkommen herbeigeführt, sie besteht, solange es einen Kapitalismus in Deutschland gibt. Über das Maß der Ausbeutung entscheiden nicht Abkommen und Verträge, die Staaten miteinander eingehen, sondern die Machtverhältnisse in jedem Lande. Je grösser die Macht der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie ist, desto geringer wird das Maß der Ausbeutung der Arbeiter sein, mit oder ohne Dawes-Abkommen. Gest mit dem deutschen Kapitalismus wird auch die Ausbeutung der Arbeiter Deutschlands verschwinden. Diese einfachen Wahrheiten muss man jetzt immer wieder aussprechen, um die Haltlosigkeit der Angriffe gegen unsre Partei aufzuzeigen.

Die sozialistische Friedenspolitik konnte sich leider nicht in ihren reinen Ideen und Methoden durchsetzen. Erreicht wurde doch aber durch die unverdrossene Tätigkeit der Sozialistischen Arbeiterinternationale, dass die widerwendigen kapitalistischen Regierungen und Parteien mehr und mehr vom Boden der militärischen Gewaltmaßnahmen abgedrängt wurden. Niemand wird bestreiten können, dass nach dem Dawes-Abkommen die deutsche Währung stabilisiert worden ist, dass das Ruhrgebiet und Köln vom fremden Militarismus befreit wurden, dass große Betriebe des Ruhrgebiets wieder in deutschem Besitz überführt werden konnten, dass Deutschland im Völkerbund aufgenommen wurde, wo es jetzt als gleichberechtigter Staat mit den andern Staaten verbunden kann. Wir Sozialdemokraten verfehlten nicht die Mängel und Unvollkommenheiten des Dawes-Abkommen, wir stehen auch dem Völkerbund nicht stilllos gegenüber. Das haben wir oft und laut genug gesagt. Wir sind überzeugt davon, dass es gelingen wird, weitere Besserungen auf dem Gebiet der Reparationspolitik zu erlangen und Gelüste der Masse nach einer Politik von „Mut und Eisen“ unbedingt zu machen. Bedrohungen der „Siegerstaaten“ durch „ein wehrhaftes“ Deutschland hätten der deutschen Republik zur Zerreißung und völligen Vernichtung verholfen.

Es sind nicht Wirkungen der jüngsten Auslands-politik Deutschlands, durch die das soziale Elend verschärft worden ist. Das zu behaupten, heißt doch die Arbeiter irreführen. Es ist das deutsche Großkapital, das

die Zeit der grösseren Erwerbslosigkeit dazu benutzen will, die Löhne der Arbeiter zu verblassen, die Arbeitszeit zu verlängern, die Intensität der Arbeit zu steigern, die Sozialpolitik abzubauen. Es ist die kapitalistische Reaktion in Deutschland, die die Arbeiter kulturell in höhere Abhängigkeit bringen will. Es sind die bürgerlichen Rechtsparteien in Deutschland, die den Arbeitern, den Frauen und den Jugendlichen politische Rechte entziehen wollen.

Diesen kapitalistischen Anschlägen gilt es mit aller Energie entgegenzutreten. Was die Arbeiterklasse braucht, wie jeder Mensch sein täglich Brot, das ist der

eine geschlossene Kampf gegen den Kapitalismus.

Wer bei den sächsischen Landtagswahlen der Sozialdemokratischen Partei Abbruch zu tun versucht, der verhindert sich an den Lebensinteressen des Proletariats. Es sind mehr als genug Sektionen und Splitter in der proletarischen Bewegung vorhanden. Wenn es um das Wohl des Volkes zu tun ist, der helfe uns, alle Splitter und Sektionen zum Verschwinden zu bringen. Daß die Sozialdemokratische Partei die Partei des Proletariats ist, die Partei, deren Aufgabe es ist, über alle Gegenwartsprobleme hinaus die entscheidenden Auseinandersetzungen mit dem Kapitalismus siegreich durchzuführen, darüber sind sich einstimmende Politiker klar.

## Sittlichkeit und Wirtschaft

Von Artur Grispie, M. d. R.

Ich bin mit dem Chefredakteur des Dresdner Anzeigers, Herrn Grölich, durchaus einer Meinung, wenn er in Nr. 503 dieses Blattes schreibt: „Es wäre wirklich an der Zeit, einmal die unterschiedlichen, farbigen Brillen abzulegen und sich den Ernst der Lage mit klaren Augen anzuschauen“; nur ist die Voraussetzung dazu, dass man nicht anderen Menschen den Vorwurf der farbigen Brillen macht mit seiner eigenen auf der Nase, die so schlecht geputzt ist, dass man überhaupt nichts mehr sehen kann. Aussprechen was ist, ist das Gebot der Stunde.

Mit dem Auftreten der kapitalistischen Wirtschaftsweise wurde die Bevölkerung in Kapitalisten und Besitzlose zerissen. Die besitzende Klasse erlangt aus ihrem Besitz und aus ihren Unternehmungen die Sicherung ihrer Existenz. Treten im Wirtschaftsleben keine Krisen ein, so fristet die Arbeiterschaft nördlich ihres Lebens. Aber in einer Zeit, in der die Zahl der Erwerbslosen in das Millionenfache steigt und in der ein Politiker wie der Herr Innenminister Dr. Kühl zu verfündet, dass wir auf Jahre hinaus mit einer Millionenziffer Erwerbsloser rechnen müssen, befinden sich Millionen Menschen mit ihren Familien in der steten Gefahr des Verlustes ihres Lebensunterhaltes. In einer solchen Zeit wird die Sicherung der Existenz der Arbeiterklasse zum Problem der Zeit, und dieses Zeitproblem ist das Problem der Politik schlechthin. Eine Wirtschaftsordnung nun, die nicht mehr fähig ist, die Existenz ihrer Mitglieder zu sichern, hat ihren Zweck verfehlt, hat von diesem Augenblick an keine Berechtigung mehr und muss durch eine andere ersetzt werden.

Bei den Angehörigen der Arbeiterklasse finden wir eine Fülle der höchsten sittlichen Eigenarten. Die Tugenden der Würde, der Treue im Beruf, der Ehrlichkeit, der Pünktlichkeit, der Gewissenhaftigkeit usw. sind die Tugenden der Arbeiterschaft. Diese müssen um so höher gewertet werden, als viele Arbeiter immer vom Tod umlaufen sind und ihr Leben jede Stunde in die Schanze schlagen. Im Bergwerk am Hochstein, in der Fabrik schweben nur allzu viele ständig in Todesgefahr. Oft befindet sich der Arbeiter in Betrieben, wo ihm die Sichtage den Kopf zerschlagen, die Lippen abschredden, wo ihm die Zahne ausfallen; und trotz dieser Opferung seines Körpers weicht er, darf er nicht einmal den Grittag seiner Arbeit ausgeschahlt erhalten. Wer trotz dieser Erfahrung restlos seine Pflicht tut, den muss man ansprechen als Träger der Sittlichkeit schlechthin. In der Arbeiterschaft ruht das sittliche Fundament der Gesellschaft.

Dieser Fond der Sittlichkeit befindet sich aber in der großen Gefahr, durch die andauernden Wirtschaftskrisen aufgedisst zu werden. Der Mensch, der genug zu essen hat, braucht sich nicht besonders zu rütteln, wenn er das Gebot „Du sollst nicht stehlen“ noch nicht übertragen hat. Für den Menschen aber, der heute und morgen nichts zu essen hat, für die Mutter, die ihre Kinder nach Brot schreien hört und selbst dem Kindling vergebens die Brust bietet, weil ihr ausgenutzter Körper keine Milch mehr hat, für solche Menschen bedeutet es eine sittliche Leistung ersten Ranges, wenn sie durch die Webergasse gehen, die Fensterläden nicht einschlagen und sich gegen das juristisch geschützte Eigentum ihrer vom Glück begünstigten Mitbürgen nicht vergehen. Eine

große sittliche Kraft zeigt heute noch die Arbeiterschaft. Wenn aber der Lebensunterhalt eines Menschen dauernd in Frage gestellt ist, dann mögen die einen dahinsiechen, mit der stummen Anklage auf dem Lippen, die andern aber, die der Vergewaltigung nahe gebracht sind, greifen zu den Mitteln der Vergewaltigung, das sind: entweder der Selbstmord oder das Verbrechen. Wicht unbedacht darf bleiben der Brief des Bizepolizeipräsidenten in Berlin, Herrn Dr. Friedensburg, eines bürgerlichen Herrn, an das Berliner Tageblatt, in dem er klar und entschieden auspricht, „wieviel unsere Wirtschaftsordnung diesen Unglücks“ (er meint damit den Mord der Gräfin Lambsdorff, Böttcher und die beiden Eisenbahnmänteläder Weber und Schleisinger) schuldig geblieben ist. Wenn sich also die Gesellschaft dieser Verbrecher erwehrt und sie in die Gefängnis stadt, dann handelt sie von ihrem Standpunkt aus richtig: der sittlich handfeste Mensch mag sich aber die Frage vorlegen, ob er nicht an die Brust zu schlagen und auszusprechen habe: Mea culpa, mea maxima culpa! (Meine Schuld, meine grobe Schuld!) Oder wenn man diesen Soz in scharf zugesetzter dialektischer Form ausreden will, so kann man auch sagen: „In die Gefängnisse gehört die bürgerliche Gesellschaft.“

Jeder anständig denkende Mensch weiß, dass damit nicht gehetzt werden soll, dass der Herr Müller oder der Herr Schulze, die dem Bürgertum angehören, ins Gefängnis gestellt werden soll, denn das sind sehr oft Leute, die sich über diese Fragen noch keine Gedanken gemacht haben. Dieser Soz sagt lediglich, dass auf die Bank der Angeklagten und der Verurteilten das kapitalistische Wirtschaftssystem gehört, das heute noch die bürgerliche Gesellschaft trägt, und das, weil der Kapitalismus vom Proletar, d. h. von der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, lebt. Rot und Gold, körperliche und geistige Verwahrlosung mit ihrer unabwehbaren Konsequenz im Gefolge hat.

Nun sind die Menschen unserer Zeit durch den Krieg mit seiner entsetzlichen Unterernährung gegangen, durch die Periode der Inflation, und sie gehen jetzt durch eine Periode der Erwerbslosigkeit. Die Unterernährung hat nicht nur zur Folge, dass die Vollzahnlosen, wie Lungenkrankheit, Skorbut usw. überhandnehmen, sondern sie richtet auch große moralische Verlustungen an. Die Unterernährung der Lebensmittelpreise, die Unmöglichkeit für die vielen, den Haushalt zu balancieren, bringt ein stetes Ansteigen der Verbraucherkurve mit sich. Wenn eine Gesellschaft dieser furchtbaren Probleme nicht Herr wird oder nicht Herr werden will, wenn es in einer Gesellschaft Menschenleichen gibt, denen überhaupt jedes Gesäß für die Entstieglosigkeit der Zeit abhandengekommen ist, dann ist das Urteil über diese Gesellschaft gesprochen. Es lautet: „Abtreten, meine Herrschaften!“

Für was alle die schönen Worte von der Liebe für Vaterland keine Phrasen sind, für den ist das Ziel der Politik, für alle Volksgenossen Lebensbedingungen zu schaffen, unter denen sie leblich und seelisch gesund bleiben können. Der Soz mit uns die engen Zusammenhänge zwischen Wirtschaft und Sittlichkeit und sieht in der Beleidigung der Erwerbslosigkeit die Forderung des Tages. In diesem Sinne rufen wir den Wählern zu:

Was ist deine Pflicht? Am 31. Oktober sozialdemokratisch zu wählen!

## Erwerbslosenfürsorge Sehr langsame Verhandlungen

Aus dem Reichstag wird uns geschrieben: Der Unterausschuss des Sozialpolitischen Ausschusses des Reichstags bearbeitete am Dienstag die Generaldebatte über die Neuregelung der Erwerbslosenfürsorge. Reden den grundsätzlichen Fragen, Erhöhung der Unterstützungsleistung, Verlängerung der Unterstützungsduer, Verdienstgefeinsprinzip, wurden von verschiedenen Parteien auch noch Anträge bezüglich der Regelung von Einzelheiten gestellt. Die Vertreter der Sozialdemokratie beantragten eine Änderung des § 7 der Erwerbslosenfürsorgeordnung in der Form, daß die Leistungen der Wohlfahrt nicht mehr angerechnet werden dürfen; sie beantragen ferner, die jugendlichen Erwerbstreoten in die Erwerbslosenunterstützung einzubringen. Der Vertreter der Demokratischen Partei beantragte, die Unterstützungsduer für alle Erwerbslosen bis zum 31. März 1927 zu verlängern. Es darf nur das Arbeitslosen-Versicherungsgesetz verabschiedet sein. Der Vertreter der Reichsregierung legte an der Hand eines umfangreichen Schlußmaterials die Wirkungen der Einführung von Wohnlassen dar. Der Ausschuss beschloß, in der nächsten Sitzung am Donnerstag nachmittag in die Spezialberatung einzutreten.

## Attacke auf die Futterkrippe Deutschnationalen Ankündigungen

D. Berlin, 27. Oktober. (Eig. Auskunft) Der Vorsitzende der deutschnationalen Reichstagsfraktion, Graf Westarp, hielt am Dienstag in Leipzig, anlässlich der bevorstehenden sächsischen Landtagswahlen, eine Rede, in der er sich u. a. auch mit der parlamentarischen Lage des Kabinetts Marx beschäftigte. Die Deutsche Zeitung, also ein den Deutschnationalen nahestehendes Blatt, gibt diese Rede heute in großer Aufmachung unter der Schlagzeile wieder: "Das Ende des Kabinetts Marx". In einer Unterüberschrift sagt das gleiche Blatt: "Keine wechselseitigen Mehrheiten mehr".

Es bleibt vorläufig eine endere Frage, in welchem Maße die regierungshungrigen Deutschnationalen ihre neueste Propaganda wahrnehmen. Vorläufig muß man feststellen, was Graf Westarp wirklich ausführte. Er sprach also: Was wir den Parteien der Mitte nicht erparren können, das ist die Wahl in zwischen der Sozialdemokratie und uns. Und wir sind dabei wieder einmal diejenigen, die den Grundgedanken des parlamentarischen Regierungssystems, solange er einmal besteht, in größerer Klarheit anwenden als seine Anhänger. Wenn die mitregierende Minderheit glaubt, im Winterquartier dieser Wahl auszuweichen, mit anderen Worten, nach wie vor als Minderheit mit wechselnder Unterstützung von rechts und links reagieren zu können, da wird sie sich davon überzeugen müssen, daß auf diese Weise weder feste Regierungsbündnisse geschaffen, noch Erfolge erzielt werden können.

Wenn die Westarp'sche Ankündigung, die Regierung werde vor die Wahl zwischen der Sozialdemokratie und uns gestellt werden, einen Sinn haben soll, so dürften die Deutschnationalen die Regierung in seinem Falle nicht stillen. Ihr Ende wäre dann bei Wirtschafts-, Steuer- und sozialen Fragen, bei denen die Sozialdemokraten gegen die Regierung stehen, gesammelt. Die Deutschnationalen hoffen dann, ihren nicht mehr zu stillenden Hunger auf die Regierungskrippe endlich befriedigen zu können. Es wird interessant werden, die Deutschnationalen bei Fragen gegen die Regierung Stimmen zu sehen, die ganz in ihrem Sinne gelöst werden sollen. Da würde die Demagogie ihren Höhepunkt erreichen.

## Arbeiterpartei und Bergarbeiter Hand in Hand

S. London, 27. Oktober. (Eig. Ausk.) Die Unterhausfraktion der Arbeiterpartei nahm am Dienstag eine Entschließung an, in der die Bergarbeiter und deren Frauen zu dem bewundenswerten Widerstand gegen die vereinten Kräfte der Unternehmer und der Regierung beglückwünscht werden. Den Führern des Bergarbeiterverbands wird gleichzeitig die Anerkennung für ihren mutigen Kampf ausgesprochen. Darüber hinaus erlägt die Fraktion dem Generalrat der Gewerkschaften und dem Bergarbeiterverband die Einsicht eines gemeinsamen Komitees zur Führung des Kampfes in den Bergbauarbeiten vor.

Inzwischen hat die Regierung das Recht erneut gegen maßgebende Führer des Bergarbeiterverbands aufzuhören. Coop hat bereits am Dienstag wieder Gelegenheit, sich öffentlich zu äußern. In einer Rede in einem der wichtigsten Bergbaudistrikte erklärte er, daß er bereit sei, innerhalb der Bergarbeiterchaft eine Konsolidierung über die drei entzweihenden Punkte: Zahn, Arbeitseigentum und Tarifverhandlungen zu empfehlen. Diese Konsolidierung soll im gegebenen Falle durch eine neutrale Röperfahrt kontrolliert werden, um der an den bisherigen Abstimmungen des Verbundes geführten Kritik über bestimmte Beeinflussungen durch den Bergarbeiterverband von vornherein den Boden zu entziehen.

## Die verkeherte Linke Sinowjew's Ende in der Komintern

D. Berlin, 27. Oktober. (Eig. Auskunftsamt) Die Rote Presse veröffentlicht heute den Vorlaut der Entschließung des russischen Zentralkomitees der Kommunistischen Partei über die Maßregelung Sinowjew's und Bemerkte hierzu, daß diese Resolution in der Sitzung des Präsidiums des Executive Committee der kommunistischen Internationale (Komintern) einstimmig bestätigt und von allen anwesenden Vertretern der ausländischen kommunistischen Parteien unterschrieben wurde. Aus Deutschland waren anwesend die Kommunisten Russlands, Remmert, Neumann und Rettlin. Die Entschließung hat folgenden Vorlaut: An Anerkennung der leninistischen Linie des Oppositionsbuchs, in Anbetracht der leitenden Rolle, die Sinowjew als Vorsitzender der Komintern bei der Durchführung dieser falschen Linie spielte, in Anbetracht der in der Geschichte der bolschewistischen Partei unerhörten Verorganisationsarbeit des Oppositionsbuchs und in Anbetracht der Übertragung dieser traditionellen Kreisläufe durch Sinowjew in die Reihen der kommunistischen Internationale hält das OSAK, das weitere Verbleiben und die Arbeit des Genossen Sinowjew an der Spitze der Komintern für unmöglich.

## Guter Erfolg der Werbewoche in Würtemberg

Stuttgart, 26. Oktober. (Eig. Drahtb.) Die Werbewoche hat in Würtemberg nach den bis jetzt vorliegenden Ergebnissen einen sehr guten Erfolg aufzuweisen. Eine Gesamtaufschau liegt noch nicht vor, aber aus einzelnen Orten kommen sehr erfreuliche Mitteilungen. So durften in Stuttgart 400 bis 500, in Heilbronn 200 bis 300, in Göppingen etwa 100 neue Mitglieder gewonnen werden. Aus vielen kleinen Orten werden noch relativ günstige Ergebnisse gemeldet. In manchen Orten wird die Werbeleitung jetzt jetzt aufgenommen, weil die Termine verschoben werden müssen.

## Wir kommen Schritt für Schritt vorwärts

### Eine Erklärung Briands

Von unserem französischen Mitarbeiter

P. Paris, 26. Oktober. (Eig. Drahtb.)

In der letzten Zeit ist in der französischen Presse außerordentlich viel über die "Stodungen", die in den Verhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich eingetreten seien, geschrieben worden. Es waren insbesondere zwei einander ziemlich schroff gegenüberstehende Tendenzen abstellbar. Während die einen bei aller Hervorhebung der Schwierigkeiten, auf die gewisse in Thoiry besprochene Pläne stachen, in der nachdrücklichsten Weise darauf hinwiesen, daß man von dem langsamem Gang der Verhandlungen keineswegs überrascht sein dürfe und kein Grund vorliege, daran zu zweifeln, daß das große Werk des französisch-deutschen Ausgleichs gelingen werde, sprachen die anderen von einem "Zusammenbruch der Illusionen von Thoiry" und fragten Briand an, "aus seinem Erfolg vor dem Völkerbund Schlüssefolgerungen gezogen zu haben, die mit Frankreichs Interessen in Widerspruch ständen". Genau wie die deutsche nationalistische Presse, um der "Politik von Thoiry" möglichst viel Nachdragen zu können, sich auf die Artikel ihrer rechtsstehenden französischen Pruderorgane verust, gitterten auch die

Organe des Nationalen Blocks alles, was in der Deutschen Tageszeitung, in den Augenblättern oder in der Kreuzzeitung steht, sehr eifrig, um den Eindruck zu erwecken, als ob „die deutsche öffentliche Meinung längst überzeugt sei von den Liebeserklärungen, die man sich in Genf und Thoiry mache.“

Der Zweck der ganzen Kampagne ist klar: die Außenpolitik, wie sie Briand macht, ist das einzige, was von der Aktion der Mehrheit vom 11. Mai 1924 übriggeblieben ist, und daß Briand diese Politik unter der Ministerpräsidentschaft Poenars weiterführt, löst auf den Rechtsparteien aus wahlaktiven Gründen außerordentlich stark. Gelang es wenigstens, den Anschein zu erwecken, daß die großzügige Annäherungspolitik, wie sie in Thoiry und vorher schon in Locarno ins Auge geahnt wurde, auf einstweilen unüberwindliche Hindernisse stößt, so ließe sich auch in dieser Sicht gegen das der Rechten auch nach seinem Tod noch in gefährlich erlebende und sie verbucht gebliebene „Kontroll“ ein demagogischer Zuläuf erlangen, dessen Gewicht der Nationalen Block vielleicht schon bei den im kommenden Januar stattfindenden Senatswahlen ausspielen kann.

Immerhin ist auch an der Verteilung einer gewissen Unsicherheitsgefühl entstanden, da die Dinge tatsächlich nicht so rasch vorwärts gehen, als es in

folge einer unvorhergesehen oder abdrücklich übertriebenen Pressekampagne unmittelbar nach Thoiry den Anschein haben konnte. Aber was den Minister des Auswärtigen betrifft, so zeigt er sich nach wie vor entschlossen, den in Locarno und Thoiry eingeschlagenen Weg weiterzugehen, ohne sich durch Hindernisse, durch die er sich nicht überreden läßt, irgendwie entmutigen zu lassen.

Könnte irgendein ernsthafter Mensch, der die Sachlage und ihre Komplikationen kennt, wirklich glauben, daß man von heute auf morgen zu den gewünschten Lösungen käme? Ein Wesentliches ist erreicht: Frankreich und Deutschland arbeiten auf völlig gleichem Fuße im Völkerbund zusammen. Sie sind beide besten Willens, um die vorhandenen Schwierigkeiten zu überwinden, die ihrer notwendigen Verständigung sich entgegenstellen können. Wenn es auf einem Weg nicht geht, so werden sie eben einen andern suchen, ohne je das Ziel aus dem Auge zu verlieren, das, bei ständiger Würdigung der beiderseitigen Interessen, in der Gesamtlösung aller, ja aller Fragen besteht, die heute noch zwischen den beiden Ländern schwimmen. Dabei darf man weder eine Frage auf die lange Bank schieben, noch sich überdrücken. So vieles, was vor zwei Jahren für unmöglich gehalten wurde, hat sich in der Zwischenzeit verwirklicht. Gleichzeitig sind, wie wie es in Thoiry ausgemacht haben, die Experten an der Arbeit, die die Einzelfragen prüfen, und die Besprechungen zwischen mir und dem deutschen Vertreter von Poesch haben, ebenfalls entsprechend den in Thoiry getroffenen Vereinbarungen, sofort nach der Rückkehr des Herrn von Poesch nach Paris eingestellt. Andere Versprechen werden die folgen: und viele viele. Im Dezember gedenkt ich Herrn Stresemann in Genf zu treffen, dann werden wir das Terrain zusammen wieder überhauen. So kommen wir Schritt für Schritt vorwärts, ohne und durch das Geschick von Leuten, die aus weit weiten Gründen, sicher nicht den edelsten oder bestinteressierten, vielmehr eine gar grobe Angabe an den Tag legen, aus der Ruhe bringen zu lassen.

Das erklärte Briand dieser Tage in einem engeren Kreise von Mitarbeitern und Politikern. An den Nächsten seiner auswärtigen Politik ist nichts geändert. Könnten gewisse Artikel des Senators Henry de Jouvenel, der Mitglied der französischen Delegation in Genf war, diesen Eindruck erwecken, so war das ein Irrtum, da die Artikel, wie es der Quotidien dieser Tage betonte, wohl nicht ohne sich vorher an der besten Quelle danach erkundigt zu haben, in keiner Weise die Ausschreibungen Briands wieder spiegeln.

Antonius (Doll.)

Ein schwerpreisgeprüfter Obermeister.

## Sächsische Galerie

XV.



Antonius (Doll.)

Ein schwerpreisgeprüfter Obermeister.

## Schwarze Reichswehr und Regierung

Femeheld Schulz gibt an, er habe im Auftrage des Reichswehrministeriums die Schwarze Reichswehr gebildet — Verklugung des Femeholdprozesses als rettender Ausweg

PD. Landsberg, 26. Oktober. (Eig. Drahtb.)

Der zweite der vier Femeholdprozesse begann am Dienstag vor dem Schwurgericht Landsberg. Wegen Nordversuchs an dem Feuerwehrwesen Gaedike haben sich zu verantworten: der frühere Oberleutnant Schulz, der frühere Feuerwehrwesler Erich Klapproth, außerdem wegen Beihilfe Johanna Hahn. Klapproth und Schulz befanden sich bisher in Untersuchungshaft. Als Feuerwehrwesler ist Feuerwehrwesler Gaedike ist freigesprochen.

Erich Klapproth ist 1894 geboren. Bekannt hat er nicht; jetzt ist er Landsort. Hahn ist 1896 geboren und wegen Rötigung, begangen bei seiner Beteiligung am Kästner-Putsch, zu 8 Monaten Gefängnis verurteilt. Paul Schulz ist 1899 in Stettin geboren. Er war Unteroffizierschüler in Böhmisch und wurde zum Leutnant befördert. Er war viermal verwundet. — Der Vorsitzende erklärt zu Beginn der Verhandlung, wieher

in voller Offenlichkeit verhandeln

zu wollen, um den Angeklagten Gelegenheit zur Nachfertigung gegen die Anklage zu geben, die in der Offenlichkeit gegen sie erhoben worden sind. Die Verteidiger von Schulz und Klapproth verlangten dagegen den Aufschluß der Offenlichkeit. Der völkische Rechtsanwalt Dr. Saaf destinierte: wenn kein Minister des Reiches oder Preußens das tut, dann müßte schließlich der Verteidiger eines Angeklagten vor dem Schwurgericht die "Intervention der Staatsicherheit" wahren. Auch Justizrat Dr. Hahn bezeichnete es als einen absoluten Irrtum, wenn man sage, daß die Vorgänge von 1923 der Vergangenheit angehören. Demgegenüber legte der Vorsitzende den beiden Verteidigern die Frage nahe, ob nicht gerade daraus, daß die Offenlichkeit bei den folgenden Verhandlungen ausgeschlossen wird, von den Befragten ohne weiteres die Berechtigung hergeleitet werden kann zu der Annahme, daß sie Dinge erlebt haben, die nicht zulässig waren. Das Gericht beschloß denn auch, den Antrag auf Aufschluß der Offenlichkeit abzulehnen.

Als erster wird der Angeklagte Hahn vernommen. Er batte von Oberleutnant Schulz die Aufsichtserhebung erhalten, in Küstrin eine Infanteriekompanie, eine Unterabteilung des Arbeitskommandos, zusammenzustellen. Alles sollte verschwiegen gemacht werden. Auf der Suche nach Quartier für seine Leute sei er mit Gaedike und Klapproth in die Kästneren des Dorfes Tschernow gekommen. Dabei habe er plötzlich hinter sich einen Fall und ein Aufstöhnen gehört. Er drehte sich um und sah,

wie Klapproth über Gaedike kniete.

Auf dem Hof sei dann Gaedike die Schamme am Hinterkopf ausgewaschen worden, worauf er in einem Auto in den Zughof nach Küstrin gebracht wurde. Dann befleißte, gegen Gaedike etwas unterzutun zu haben, er hole ihm die Macht geholt. Hahn will nicht mehr wissen, ob in einer Unterhaltung mit Schulz gesagt worden ist: Sie werden in dem Dorf Tschernow lernen, daß eine Arbeitserziehung verdient. Der Vorsitzende hält

vom Untersuchungsrichter aufgenommen wurde. Danach berichtet Dr. Seinerzeit:

"Schulz sagte mir, Gaedike müsse verschwinden. Ich sollte mit Klapproth nach dem Dorf Tschernow fahren. Ich hätte dabei nichts zu tun. Klapproth würde alles weitere besorgen. Mir war klar, daß Klapproth den Auftrag haben mußte, den Gaedike an die Ede zu bringen." Hahn erklärte, heute nicht mehr sagen zu können, wie er bei seiner Vernehmung zu diesen Angaben gekommen sei. Was in diesem Protokoll steht, könne er nicht verantworten. Von der Unterredung mit Schulz habe er nur den Eindruck gehabt, daß es gut wäre, dem Gaedike eine Abreibung zu geben.

Der Staatsanwalt: Nach diesem Protokoll ist aber auch davon die Rede gewesen, daß man Gaedike den Mund stopfen müsse. — Angell: Hahn: Der Ausdruck "Mund stopfen" kann manchmal aufsehenscheiend sein. Deutung, daß man jemanden totet, um ihm den Mund zu stopfen, ist doch die allgemeine. Es könnte einem den Mund dadurch gestopft werden, daß man ihn verprügelt und ihm dadurch Atem einföhlt. Das kann sofort davonzischen, als wir die Handlungen Klapproths zu hören.

Der Angeklagte Klapproth erklärte bei seiner Vernehmung, er habe keinen Befehl zu der Unterredung an Gaedike gehabt. Er übernahm die Verantwortung dafür und mochte sich nicht daran erinnern, einen solchen Menschen zu verprügeln. Er habe sich geärgert, daß Gaedike die Munition, die sie immer zusammengeklopft hatten, verschossen hat. Bei der Vernehmung der Kästneren habe er im zweitletzten Raum den Gaedike

"hingeküßt".

"Aber", so fügte er hinzu, "es ist nicht richtig, daß ich ihn mit einem Totschlag erhaben habe; dann würde er nicht hier sitzen." — Vors.: Wie fanden Sie das tun, wenn Ihre Offiziere über waren? — Klapproth: Ja, ich bin auch schön angeprallt worden. — Vors.: Das widerspricht doch jeder Disziplin, und wenn Sie jemand auf die Disciplinen schlagen, dann müßten Sie doch auch damit rechnen, daß er zu Tode kommt. — Klapproth: Wenn ich in Fahrt bin, dann weiß ich nicht, was ich mache.

Vors.: Einen Revolver haben Sie nicht gehabt? Klapproth: Doch, ich habe immer einen Revolver bei mir gehabt. — Vors.: Haben Sie ihn gezogen? — Klapproth: Das kann auch sein. Aber wenn mich die Witze fast dann nehmen, ich nutze die Hände. — Vors.: Totschlägen wollten Sie das nicht? — Klapproth: Nein! — Vors.: Aber konnte es nicht leicht kommen, daß Sie auf ihm knieten, ihn ganz das Leben ausklopfen? — Klapproth: Das kann sein! Aber wenn ich umbringen wollte, hätte ich nicht ein halbes Dutzend Offiziere dazu mitnehmen brauchen. — Vors.: Von einer Wiederauflösung oder einem Mann, der sich als Meisterwerke betrachte, war keine Rede? — Angell: Nein. — Vors.: Noch nie habe ich gehört, wie werden schon für Ordnung sorgen! — Angell: Das ist selbstverständlich. Wenn wir irgendwo etwas nicht in Ordnung finden, dann habe ich natürlich gesagt: Kommt her, mein

Jungen, wie werden Idioten dafür sorgen. (Der Angeklagte macht die Bewegung einer Chriseige.) Der Angeklagte Oberleutnant Schulz erklärte, sich in einer Denkschrift zu der Frage der Arbeitskommandos ausführlich gründlich zu haben. Diese Denkschrift sei nur in drei Exemplaren vorhanden: eines für den Vorsitzenden des Schwurgerichts, eines für den Justizminister und eines für den Reichswehrminister. Am Interesse der Landesverteidigung mache diese Denkschrift gern nach. Es steht sich dann heraus, daß die Denkschrift für den Vorsitzenden laut Vermerk in den Akten vorhanden gewesen, inzwischen aber verloren ist. — Nach Schulz des Streites ging Schulz mit einem freiwilligen Battalion unter Major Auguste nach Orléans und nach Oberösterreich. Nach seiner Verabschiedung aus der Reichswehr wurde er vom Wehrkreis-Kommando zur besonderen Verwendung in Landesverteidigungsformationen zu bilden, die in engerer Führung und in Zusammenarbeit mit der Reichswehr die Grenze beobachten sollten. Die Arbeitskommandos, die er geleitet habe, und die schwarze Reichswehr seien vom Reichswehrministerium unter Leitung des preußischen Ministeriums des Innern aufgestellt worden.

Zwanzig angeworbenen Leute waren Reichswehrangehörige, trugen die Uniform der Reichswehr und waren vom Reichswehrministerium verpflichtet worden, alles gehorchen zu wollen. Die Aufgabe der Arbeitskommandos sei es gewesen, die Säulen und das Heeresmaterial zu erhalten und in einen brauchbaren Zustand zu bringen. Im Wehrkreis-Kommando haben 30 Arbeitskommandos bestanden. Mit der Erfassung seien die Waffenbestände des Reichs geworden. Damals sei ein polnischer Vorstoß beobachtet worden. Daher seien die Vorbereitungen der Kommandos düstern dahin gegangen. Formationen zu bilden, die mit der Reichswehr in kurzer Zeit die Fertigung befehlten. An der Fertigung waren zum Teil französische Generalstabsoffiziere beteiligt. Zur Unterbringung der Waffen hat Schulz dann eine besondere Truppe aus 30 bis 40 Mann gebildet, deren Führer bekannt ist. Er führt die Kraftwagen und war Tag und Nacht unterwegs, um die Festungen, die hauptsächlich nach Achse anlagen, ohne Wissen der Eisenbahnbeamten anlaufen, schnell zu entladen und zu verladen. Er handelte sich um exzellente Leute, die verschwiegen und außerfällig waren. Sie wurden als "Pioniere 3" eingestellt und hatten lediglich diese Aufgabe durchzuführen und die Sache geheimzuhalten.

Eine Bezahlung fand eigentlich nicht statt. Sie erhielten nur Verpflegung, die teils aus Spenden, teils aus öffentlichen Mitteln rückgeführt wurde. Die Bezahlung war sehr gering. Das Reichswehrministerium teilte die Ausstellung der Formationen dem preußischen Ministerium des Innern mit. Die Ausstellung erfolgte also nach vorheriger Zustimmung des preußischen Ministeriums des Innern. (Bewegung.)

Schulz befand weiter: Von Ende 1922 bis 1923 wurden in allen größeren Garnisonen die Arbeits- und Erziehungskommandos geschaffen. Ich hatte die Aufgabe, Waffen zu erfassen und von Heute eingeworbenen Leuten zu vermerken, ob sie noch, daß bei Ausbruch des Kriegesfalls fast sämtliche sogenannten Wehrverbände unter der Führung des Majors Buchrucker vereinigt wurden, der Angestellte des Wehrkreiskommandos war. Als Arbeitskommandos sollte Buchrucker nichts zu tun, und ich bin nicht sein Adjutant gewesen.

Sein Adjutant war ich nur während des Krieges.

Mein Kommando ist entstanden, so waren das alles Leute, die aus den Verbänden stammten. Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß die erste Heimat aus dem Jahre 1923 kommt. Die Wehrverbände hatten diese Art Selbstjustiz unter dem Anfang der Verhältnisse eingerichtet. Wenn ich einmal Spur der Entente oder der Kommunisten eingestellt hatte, dann sagte die Justiz, falls sie angerufen wurde, sie sei nicht zuständig.

Die preußischen Gerichte haben die Verrätermorde übrigens gänzlich amnestiert.

Der Angeklagte Schulz schreibt dann die Munitionsverschiebung, die sich zu einer Zeit ereignete, als eine Haushaltssatire unter besonderen Schwierigkeiten aufstellte, was sie im Staat nicht vorexsehen war. Schulz bestreite entschieden, sich mit dem Angeklagten dann wegen einer "Abreibung" angedreht zu haben. Möglich sei höchstens, daß er mit ihm ein Gespräch über Versäuerungen führte. Obwohl mit Buchrucker eng befreundet, will Schulz auch nichts von dessen Kriegserfahrung hören und daran völlig unbeteiligt sein. Er bestreitet ganz schroff, daß der Urheber des Kästner-Buchs zu sein.

In der Nachmittagszeit wurde der Nebenkämpfer Gaedke als Zeuge vernommen. Er ist wegen der Munitionsverschiebung zu 5 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Gaedke betreibt, an der Munitionsverschiebung beteiligt gewesen zu sein. Der Verteidiger Gaedkes beantragt dann die Freiengeladung des Reichs-

## Böllerschützen

Ministers Dr. Scheler, Reichsinnenministers Dr. Güld, des früheren preußischen Innenministers Seedorff, Oberregierungsrats Kübler vom Reichsinnenministerium, Oberregierungsrats Kübler, Chef des Stabes beim Wehrkreiskommando III, Oberst Ad. Oberregierungsrat Dr. Weiß und früherer Chef der Heeresleitung, Generaloberst v. Seeckl. Diese Zeugen werden genannt zum Beweis dafür, daß entgegen der Behauptung des Angeklagten Schulz den amtlichen Stellen des Reichs und Preußens nichts davon bekannt war, daß bei einem etwaigen Volksaufstand die Arbeitskommandos sofort der ordentlichen Reichswehr eingliedert und als Soldaten gegen Polen verwendet werden sollten usw. Nach füger Verratung verkündete das Gericht, daß der Weisungsantrag des Nebenkämpfers als unerheblich abgelehnt und die Sache selbst verloren wäre, weil ein Zeuge bestätigt, daß das Gericht für notwendig erachtet, nicht zu erreichen ist. Der neue Termin wird noch nicht festgesetzt. — Am Mittwoch wird der Prozeß gegen den Kraftwagenführer Nowakowski wegen Morde (Fall Brauer) verhandelt werden.

**Kleine politische Nachrichten**

**Die Aufhebung des Schnapsverbots**

N. Dols, 27. Oktober. (Eig. Funkspurk.) Das amtliche Ergebnis der Abstimmung über das Branntweinverbot liegt jetzt vor. Es wurden für das Verbot abgeglichen 421 203 Stimmen dagegen 531 426 Stimmen. Bei der Abstimmung im Jahre 1919 wurden für das Verbot 499 017, dagegen 304 678 Stimmen abgegeben. Die Regierung wird demgemäß ein Gesetz zur Aufhebung des Schnapsverbots einbringen, jedoch die staatliche Regelung und Kontrolle des Ausgangs beantragen.

## Aus aller Welt

### Verstükeren eines Grundstücksmälers

Einer der defamierten Berliner Grundstücksmäler, Erich Meierfeld, der in den letzten Jahren in der Reichshauptstadt eine ungeheure Reklame entfaltet, ist auf Grund zahlreicher Anzeigen von Beschädigten verhaftet und in das Untersuchungsgefängnis eingelöst worden. Zum Teil ist Meierfeld gesündigt, zum Teil bestreite er alle Schuld. Die Betrüger, die er begangen hat, sollen darin gesucht sein, daß er Anzahlungen auf Grundstücke entgegengenommen hat, die ihm selbst gar nicht gehören; in andern Fällen hat er die Anzahlungen nicht an seine Auftraggeber abgeliefert, sondern sie für sich über sein Geschäft verwendet. Unter den Betrügern befindet sich u. a. die Firma Rosenblatt u. Stern, der Meierfeld gegen eine Anzahlung von 50 000 R. die Aktien einer Haushaltungsgesellschaft verkaufte, die gar nicht zum Verkauf standen. Als Rosenblatt u. Stern einen weiteren Käufer gefunden hatten, der für die Aktien 180 000 R. bezahlte, wollte er, erklärt Meierfeld, in die Enge getrieben, einen Käufer mit 200 000 R. zu haben. Diesen Käufer hatte Meierfeld frei gefunden, und er gab für 200 000 R. von ihm selbst abgetragene Wechsel, die niemals eingelöst wurden. Auch sonst soll sich Meierfeld allerhand Betrügerien haben zuschulden kommen lassen. Meierfeld, der auf dem Berliner Grundstücksmarkt einen großen Ruf hatte, soll durch viele auf die schiefen Ebenen gekommen sein. So sei er schließlich gezwungen worden, sich an der einen Stelle Geld zu beschaffen, um die Verpflichtungen an anderer Stelle nachzufolgen. Der Schaden der Betrügeren soll sich auf 500 000 Mark begriffen.

### Eisenbahnunfall bei Hannover

Am Nachmittag zum Dienstag fuhr der Spätzug Hannover-Hameln gegen 2 Uhr morgens bei der Ausfahrt aus dem Bahnhof Münster am Deister infolge falscher Weichenstellung auf fünf Güterwagen. Die Lokomotive und zwei Güterwagen wurden beschädigt, vier Reisende leicht verletzt. Der Nachmittag war ich nur während des Krieges.

Ein Kollisionsunfall entstanden, so waren das alles Leute, die aus den Verbänden stammten. Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß die erste Heimat aus dem Jahre 1923 kommt. Die Wehrverbände hatten diese Art Selbstjustiz unter dem Anfang der Verhältnisse eingerichtet. Wenn ich einmal Spur der Entente oder der Kommunisten eingestellt hatte, dann sagte die Justiz, falls sie angerufen wurde, sie sei nicht zuständig.

Die preußischen Gerichte haben die Verrätermorde übrigens gänzlich amnestiert.

Der Angeklagte Schulz schreibt dann die Munitionsverschiebung, die sich zu einer Zeit ereignete, als eine Haushaltssatire unter besonderen Schwierigkeiten aufstellte, was sie im Staat nicht vorexsehen war. Schulz bestreite entschieden, sich mit dem Angeklagten dann wegen einer "Abreibung" angedreht zu haben. Möglich sei höchstens, daß er mit ihm ein Gespräch über Versäuerungen führte. Obwohl mit Buchrucker eng befreundet, will Schulz auch nichts von dessen Kriegserfahrung hören und daran völlig unbeteiligt sein. Er bestreitet ganz schroff, daß der Urheber des Kästner-Buchs zu sein.

In der Nachmittagszeit wurde der Nebenkämpfer Gaedke als Zeuge vernommen. Er ist wegen der Munitionsverschiebung zu 5 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Gaedke betreibt, an der Munitionsverschiebung beteiligt gewesen zu sein. Der Verteidiger Gaedkes beantragt dann die Freiengeladung des Reichs-

ministers Dr. Scheler, Reichsinnenministers Dr. Güld, des früheren preußischen Innenministers Seedorff, Oberregierungsrats Kübler vom Reichsinnenministerium, Oberregierungsrats Kübler, Chef des Stabes beim Wehrkreiskommando III, Oberst Ad. Oberregierungsrat Dr. Weiß und früherer Chef der Heeresleitung, Generaloberst v. Seeckl. Diese Zeugen werden genannt zum Beweis dafür, daß entgegen der Behauptung des Angeklagten Schulz den amtlichen Stellen des Reichs und Preußens nichts davon bekannt war, daß bei einem etwaigen Volksaufstand die Arbeitskommandos sofort der ordentlichen Reichswehr eingliedert und als Soldaten gegen Polen verwendet werden sollten usw. Nach füger Verratung verkündete das Gericht, daß der Weisungsantrag des Nebenkämpfers als unerheblich abgelehnt und die Sache selbst verloren wäre, weil ein Zeuge bestätigt, daß das Gericht für notwendig erachtet, nicht zu erreichen ist. Der neue Termin wird noch nicht festgesetzt. — Am Mittwoch wird der Prozeß gegen den Kraftwagenführer Nowakowski wegen Morde (Fall Brauer) verhandelt werden.

## Mord in Leipzig

Am Montagabend wurde die 21jährige Hausangestellte Wall-Jakobi aus Leipzig im Wohnzimmer des Hauses Kaiser-Wilhelm-Straße 73 in Leipzig ermordet aufgefunden. Der Täter, der Bräutigam des Mädchens, hat dieses in den Keller gelassen und dann erschossen. Nach der Tat fuhr der Arbeiter Georg Taubert aus Thalau bei Großditzig nach Hause und erhängte sich in der Gartenlaube des elterlichen Grundstücks. Was den jungen Mann zu der schrecklichen Tat veranlaßt hat, ist nicht bekannt.

## Letzte Nachrichten

### Die Berliner Parteidienstfunktionäre zur Haltung der Landtagsfraktion

Berlin, 27. Oktober. In der Funktionärsversammlung der SPD, Berlin, verteidigte Abg. Heilmann die Haltung der preußischen Landtagsfraktion beim Doktorzulenkungskompromiß. Die meisten Funktionärsreden fristeten jedoch die Fraktion. Gegen eine starke Minorität wurde folgende Resolution angenommen:

Die hochbetriebe Funktionärskonferenz erklärt, daß die Haltung der Landtagsfraktion der Auffassung der großen Mehrheit der Berliner Parteidienstfunktionäre widerspricht. Die Konferenz bedauert die Haltung der Fraktion. Die Funktionärsversammlung begrüßt dagegen den Antrag der Reichslandtagsfraktion, der die bauende Verbannung des Erfahrenen gefestigt festlegen will.

### Die Berliner Stadtmauer abgebrannt

Berlin, 27. Oktober. Heute früh brannte noch der V. B. die Berliner Stadtmauer, eine der größten Mauern der Provinz, bis auf die Grundmauern nieder. Der Schaden geht in die Hunderttausende.

### Verbrecherische Fabrikanten

Die Firma Drobig, A.-G. in Hamm, lautet laut Berliner Zeitung ein Brand beschädigte Drahtseile als Schot auf und ließ sie als neue Drahtseile an die Bergwerke beschaffen. Ein von ihr an die Borlanger-Werke verkaufte Seil riß an einem Tage zweimal. Der Inhaber der Firma, Max Drobig wurde zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

### Der Prozeß Gibson

Rom, 27. Oktober. In der Angelegenheit der Miss Gibson hat derstellvertretende Staatsanwalt die Aktien der Anlageklammer übergeben und die Vorladung der Angeklagten vor das Schwurgericht wegen ihres Anschlags auf Mussolini beantragt. Wie in politischen Kreisen verlautet, soll der jugendige Staatsanwalt selbst diese Vorladung abgelehnt haben, mit der Begründung, daß dem ägyptischen Gutachter zufolge Miss Gibson heiligstrafbar und völlig ungerechtfertigt sei.

### Bombenexplosion in Lahore

Lahore, 27. Oktober. Während eine große Menschenmenge anlässlich einer Hindufest verjährt war, explodierte eine Bombe, wodurch neun Personen getötet und 51 verletzt wurden.

### Schlussnotierungen der Produktionsbörsen

rs. Berlin, 27. Oktober. (Eig. Funkspur.) Weizen märktlich: Oktober 23½, Dezember 294. Weizen 294½. Mai 288. Zenten: weiter nachgebend. — Roggen märktlich: Oktober 242, Dezember 23½. März 24½. Mai 247. Zenten: schwächer. — Hafer: Oktober 23½, Dezember 204. März — Mai 209.

### Amtliche Berliner Produkten-Notierungen

Weizen, märkt. 274—277 (274—277), Roggen märkt. 294—299 (295—299), Getreide, Sommer 220—270 (220—270), Berlin, Winter 192—206 (190—208), Hafer, märktlich 181—197 (181—197), Weizenmehl 38,70—39,50 (38,75—39,50), Roggenmehl 32,75—34,25 (32,75 bis 34,25). Bitterbohnen 58,00—68,00 (57,00—65,00). Die Ziffern in Klammern bedeuten Vorlag.

### Wasserstände der Weidau, Eger und Elbe

Wieder	25. 10. 20. 10.	Wieder	25. 10. 28. 10.	
Moldau Kamail	+ 40	+ 80	Brandenburg + 50	+ 51
Moldau Modian	- 9	+ 80	Meißen + 70	+ 80
Eger Naun	fehlt	+ 14	Leipziger + 92	+ 100
Kümbig Künzig	+ 26	+ 24	Aufwieg + 61	+ 73
			Dresden - 106	- 80

### Wettervorhersage für den 28. Oktober

Geflüstere nordwestliche bis nördliche Winde, vorübergehend Regnare, in dem Wettergut und neblig. Temperaturverhältnisse nicht wesentlich geändert, jedoch erneut Radarfrostgefahr. später von Westen her Bewölkungszunahme und besonders in höheren Lagen südöstliche bis südliche Winde.

Wieder Menschen als den Menschen, für den noch immer die beiden Erlebnisarten Antike und Christentum sind die in den beiden Symbolen wurdend vom menschgemachten Gott und dem Gotteszeugen als dem Leidenden. Das verdeckte Welttheater liegt im Idealismus, in der Romantik, im Realismus. Der Mensch entwickelt die verschiedenen Probleme der Zeiten und versucht sie zu lösen, wie sie den heutigen Menschen bewegen, wie sie den früheren Menschen bewegt haben. Denn die Probleme umgeben eben nicht im Welttheater, sondern im Welttheater. So erscheint im Kunst ebenso das Schicksal des heutigen wie des damaligen Menschen. Daraus ergibt sich die Allgemeingültigkeit des Kunst. Da ist nichts Neues, sondern das, was immer ist. Sei es nun das Erleben der Lebenden, der Vereinsamten, der Verzweifelten, der Schöpfer, der Leidenden. Was vom heutigen Gedachten unberührt sein wird, sind Erlebnisse aus dem großen künstlichen Kunsttheater. Was macht uns denn aber das Alter zum Neuen? — In uns lebt heute stark die Anschauung, daß das Leben im Augenblick liegt. Stimme auch dieser Gedanke aus der romantischen Welt, so haben wir heute immer ein ganz anderes Tempo. Das Leben beschleunigt an uns vorüber. Das deutet sich so nur die Geschichte an.

Die Komödie. Am Sonntag (11.30) wird Rudolph Laban mit seiner Kammerspielszene in der Komödie posieren.

Goltschialschule. Wegen beruflicher Verhinderung fällt Freitag den 29. Oktober der Vorlesung von Kurt Röhrlauer (Der Sternenimmler) aus. Röderer Abend: 5. November.

Für die Ausstellung neuer amerikanischer Architektur im Sachsischen Kunstmuseum wird als Führer ein umfangreicher Katalog dienen. Es handelt sich nicht um den üblichen Katalog mit der einfachen Aufzählung der ausgestellten Werke und der Künstlernamen, sondern um eine wörtliche Einführung in den heutigen Stand und in die künstlerischen Probleme der Architektur der Vereinigten Staaten. Dürrende amerikanische Architekten, Irving E. Pond und Thomas E. Collinge, haben besondere Aufsätze beigebracht. Ein langer architektur-philosophischer Aufsatz des großen Reformers der amerikanischen Baukunst, des im vorherigen Jahre verstorbene Louis Sullivan, zeigt deutlich, daß die Probleme der Architektur der Materialfreiheit und eines Stiles für das technische Zeitalter die Geister jenseits des großen Baustils seit geraumer Zeit genau so beschäftigen wie uns. Der Katalog ist illustriert. Der Preis beträgt 1,50 R.

Theater am 28. Oktober. Opernhaus: Empfehlungsliste A: Die Bleidermaus (7). Vollbühne Nr. 8945 bis 8995. — Schauspielhaus: Auferstehung: Schwanenweih (7½). Vollbühne Nr. 1790 bis 1849. — Alberthalle: Tod Nährbäckens von Hellbron (7½). — Die Komödie: Gastspiel Carola Szell: Der Garten Eden (7½). Vollbühne Nr. 121 bis 180. — Kabinetttheater: Ich hab dich lieb...! (7½). — Befreiung im Mal (7½). — Theater am Palastplatz: Hoffnung der Meisterbude (8).

**Leben • Wissen • Kunst**

**Eröffnung der Preußischen Dichter-Akademie**

In der Preußischen Akademie der Künste wurde am Dienstagabend unter Vorsitz des Präsidenten der Akademie Dr. Ludwig Fulda die Sektion für Dichtkunst eröffnet. Als Mitglieder wurden aufgenommen: Dr. Ludwig Fulda, Dr. Arno Döhl, Professor Dr. Thomas Mann und Hermann Siebel sowie der preußische Senator Universitätsprofessor Dr. Peterse und Geheimerat Dr. Büsch.

In der ersten Eröffnungsrede erinnerte Böckmann daran, daß Kultursatirien ökonomisch sich seinerzeit für die Idee einer Dichtakademie begeistert haben. Für die preußische Regierung nach Kultusminister Dr. Becker, der in seiner Rede die Aufgaben der ersten staatlich autorisierten Vertretung des deutschen Schriftstums urteilte: Stellungnahme zu Fragen wie der Verortung des Geschichtsbüros gegen Schaub und Schmid. Bedeutung der Regierung in der Frage der Dauer der geistlichen Schule. Von Werken der Literatur, Schiller- und Nobelpreis. Wahrnehmung der Bedeutung der dringendsten Notlage der freien Geistesarbeiter und vor allem auch die Sorge um den dichterischen Nachwuchs. Der Künstler steht dabei mit, daß im preußischen Staatsgebiet eine von der literarischen Sektion der Akademie ausgeschriebene Staatspreis in Höhe von 3000 Mark vorgelegt ist, ferner daß die Akademie Eduard Arnolds einen Betrag von 2000 Mark jährlich der Akademie für einen literarischen Preis gest

Linoleum, 200 cm breit, bedr., ohne Fehl., Preis-, Parkett od. Glasmuster, Quadratmeter M	395
Linoleum, 200 cm breit, einfarbig braun, hell und dunkel, Quadratmeter M 7.05, 6.35, 5.15.	415
Linoleum, 200 cm breit, einfarbig in rot, silcone Qualität, Quadratmeter M 6.65, 5.35.	435
Linoleum, 200 cm breit, einfarbig in grün, blau und andern Farben, Quadratmeter 6.90, 5.65.	460
Linoleum, 200 cm br., Granit, schone Farben, ca. 2,4 mm stark M 6.15, ca. 2 mm stark M 5.15.	530
Linoleum, 200 cm br., Inlaid, Parkett, Pers.-u. geometr. Must. ca. 2 mm stark, Quadratmeter M	735
Linoleum, 200 cm br., Inlaid, prächtige Muster, ca. 3,3 mm stark M 10.20, ca. 2,4 mm M 870	870

Linol.-Läufer, bedr., 133 br. Mir. 5.75, 110 br. 4.75, 90 br. 3.75, 67 br. 2.80, 60 br. 2.50, 65 br. Mir. 133 br. Mir. 10.25, 110 br. 8.55, 100 br. 7.75, 90 br. 6.95, 67 br. 29.80, 250/350 48.50, 200/300 29.80, 200/250 24.85, 150/200	230
Linol.-Teppich, 300/400 60.50, 250/350 48.50, 200/300 29.80, 200/250 24.85, 150/200	515
Linol.-Teppich, durchgemustert, 200/300 M 58. 200/250 21 48.50, 150/200 M 29.-	1485
Linol.-Teppich, durchgemustert, 200/300 M 58. 200/250 21 48.50, 150/200 M 29.-	29.-

# Werkstatt Vieh

**Linoleum II. Wahl**  
mit nur unbedeutenden Fehlern unter Preis

**Linoleum**, 200 cm br., bedruckt, herliche Muster, mit kleinen unbedeutenden Fehlern, Quadratmeter M

355

**Linoleum**, 200 cm br., Granit, prakt. Küchenbelag, mit kl. unbedeut. Fehlern, bei preiswert, Quadratm.

480

**Linoleum**, 200 cm br., Inlaid, Parkett u. andere Muster, mit kleinen unbedeut. Fehlern, Quadratm.

595

**Linoleum-Reste**, ca. 65 cm breit, schöne Muster, verschiedene Längen, besond. preiswert, Meter

190

Tisch-Linoleum in verschieden schönen Mustern, 100 cm breit Meter M

380

**Linoleum**, Granit, auch als Läufer ohne Kante, versch. Farben, 100 cm br. in b., 100 cm br. 5.50, 90 cm br.

5.-

**Linoleum**, einfarbig, ohne Kante, in braun, geeignet zum Ansetzen an Läufer, 100 cm breit, Meter M

415

**Bohner-Bürsten**, bestes Fabrikat, in verschied. Größen, besonders preiswert ... M 16.50.

13.-

**Linoleum-Vorlagen**  
90-130 cm M 5.40, 70-110 3.50, 70-90 2.85, 45/65 1.40

**Linoleum-Teppich**, bedr., mit kl. unbed. Fehl., 200/300 24., 200/250 20., 150/200 12.-



Gemeinschaft prof. Freibenter, Gruppe Löbken  
Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß unsere Genossen

**Louise Ossen**

Bloßstraße 27, III, nach schwerer Krankheit verstorben ist. — Die Einzelheiten erhält Kreis 245 Uhr im Krematorium zu Leidenschaft. Die Genossen werden gebeten, sich recht zahlreich zu beteiligen. Die Verwaltung.

## Lungen- u. Asthmareidende!

Nymphosan ist das beste Heilmittel gegen alle Erkrankungen der Lunge. Ich bin gesund u. fühle mich wohl. Bin wie neu geboren, auch die Nachschwäche ist verschwunden. Nymphosan ist geradezu ein wunderliches Mittel. Die Kur mit Nymphosan brachte mir glänz. Erfolg. Das Urteil ist hier: Leidende, die man allein per os Lungentabletten „Nymphosan“ die man in Art d. Empf. nicht. Preis d. Fl. 350 M. Erk. in einer Apotheke Altheimherst.: Nymphosan A.-G. München 38/50

als  
**Vorarbeiter**  
wird  
jüngster Arbeitgeber.  
Ihm im Minutens und allen sonstigen Tätigkeiten  
arbeitet, mit großem Vorwissen in Bauteile  
heftig für sofort gefordert.  
Beimarbeiter mit Sonderabschlägen unter  
W. 340 an die Erwerbung d. St. erbeten

Allgem. Deutscher  
Oberauschuss

**ADGB**

Gewerkschaftsbund  
Dresden —

Telefon 317280

**Betriebsräte-Gruppe V (Graphisch, Gewerbe u. Papierindustrie)**  
Montag den 1. November, abends 6.15 Uhr, im Volkshaus, Saal 2.  
Vorlesung, Forensikabend: 1. Vorlesung: Die Wehrkraft aus dem Jahr überblick der 1. Weltkriegszeit. Referent: Kollege Siebler. 2. Gruppenangelegenheiten.

**Deutscher Baugewerbebund**, vorzüglich im großen Volkshauszaal (früher Tramom), Eingang Grabenstrasse und Schillerstraße 4, befindet in komfortablen Vorräumen und Zimmern. Unter Beteiligung des altenmeisten berühmten Baumeisters Paul Umlauf mit seinem Unternehmen sowie des Kapellmeisters Körner. Eintritt 5 Uhr. Abgang 7 Uhr. Ende 7 Uhr der Karte einschließlich Steuer 10 Pfennig. Um rege Teilnahme erachtet. Die Vergnügungsstimmung.

**Deutscher Metallarbeiter-Bund, Verwaltungsstelle Dresden.**  
Der Samstagabend der Kaufleute findet nicht, wie in Nr. 24 vom 25. d. W. angegeben im Volkshaus, Grabenstrasse 4, sondern im großen Saal des Volkshauses, Nienburgerstraße 2. Samstagabend den 30. Okt., abends 6 Uhr, Rott. Zahlreicher Besuch erwartet. Die Ortsverwaltung.

**Deutscher Verkehrsverein**  
Ortsverwaltung Dresden.

Dreitas den 29. Oktober 1926, abends 8 Uhr, im großen Saal des Dresdner Volkshauses, Nienburgerstraße 2.

**Lichtbildvortrag: Heimatbilder aus nah und fern.**  
Die Vorträge werden unzählige von Meistervorführungen

der Meisterfotografen der Naturfreunde.  
Hierzu laden wir unsere Mitglieder freudigst ein und erwarten zahlreiches

Ergebnis.

Ohne Mitgliedsbuch kein Eintritt.

Die Ortsverwaltung.

Sofa, Knollengarnitur,  
Schreibtischbank, Tische,  
Täfelchen, Betten, große  
Sessel verleihbar. Nienburg-  
straße 31, vorn, 10.429

**Dauerwäsche**  
E. J. Nicolai

Fränenstraße 6, gegenüber Neupfefferstein, 10.282

**Kleiderdruck**  
gebrannt, aus Wäsche an  
fertigen gebrannt. 50 Pf. an  
25. Herbst, Altmärk-  
tstraße 16, Ob. 3

**Puppenwagen**  
Zeitabholung oder 3 Pros  
Ditrich, Villen 8, 10.70

**Gebr. Mößbauer** faust  
Zettel, Cölln 12, 10.196

Zum  
kommenden Reformationsfest  
bieten wir

## Reformations- Brötchen

in  
vorzüglicher Beschaffenheit  
zum Preise von 10 Pfennig  
je Stück an.

**Konsumverein**

## Vornärts

Abgabe nur an Mitglieder

IW 222

## Beleuchtungskörper aller Art

**Ing. Gärtner & Gnauck, Dresden I.**  
Rietzschelstraße 13, Ecke Marschallstraße.

Vorlesung 17.287



Nur 15 M.

Platten, doppelseitig, Stück nur 50 Pf.  
bei Tappert, Wellnerstraße 34

Alle Polstermaterialien  
Gefüllte u. Verzogene  
taut man bei

**Paul Seidel, Oppellstr. 12** 11.687

**Bieschen.** Bestellungen auf die  
Dresdner Volkszeitung  
für Parteitags u. der  
Kommunistischen Partei  
Paul Weidner, Döbner Str. 12, Bandlung

**Unentgeltliche Auskunft**  
über alle nichtärztlichen Behandlungsmethoden  
sowie Aufklärung über sexualhygienische Fragen  
und **Eheberatung** erteilt der  
**Wegweiser für Kranke**  
Räcknitzstr. 11  
5-6 Uhr  
Montag u. Donnerstag  
Iw. 151

## Waaren-Einkaufs-Verein zu Görlitz A.-G. Zweigniederlassung Dresden

Wir suchen zur Aushilfe für die Monate November/Dezember in allen unseren Verkaufsstellen

## Verkaufspersonal u. Packerinnen

gegen feste Löhne Bezahlung. Vorzustellen mit Zeugnissen vormittags 11.687

**Eßt Seefische!** Dresdner Fischhallen, Webergasse 17  
Telephon 21034 und 29736

## Dresdner Chronik

### Die Wahlparole aller Mieter

Der Haubekleid und seine hilfsbereiten Freunde stehen im vollem Anstrum auf den Wiederschuh. Was bisher im Reichstag verhindert werden konnte, soll nunmehr im Landtage durchgeführts werden. Dem Handels- und Gewerbetreibenden als ersten soll der Schutz genommen und die früheren Vollstüre preisgegeben werden. Eschon jetzt gehen täglich zahlreiche Hilfsvereine Gewerbetreibender beim Allgemeinen Mieterbewohnerverein Dresden ein, doch mehrfache Friedensmünzen und phantastische Abfindungssummen bezahlt werden sollen. Diese unermüdliche Begehrlichkeit belastet unser gesamtes Wirtschaftsleben und droht die Erftungen der nicht hausbewohnenden Wirtschaftswelt zu vernichten. Diesen maßlosen Forderungen muß trotzvoller Widerstand entgegenstehen werden.

Die Mieterorganisation hatte deshalb für Dienstag die Zuden- und Gewerbeamtmieter zu einer Protestversammlung am 2. November dem Edgarano, Steinstraße, aufgerufen. Referenten waren die Bundesvorsteherin H. Herrmann und Reichsbauminister Dr. O. Dörr. Der Prog behandelt die mit der Novelle zum Wiederintheilung am 1. Juli 1925 eingetretenen Verhältnisse auf dem Mietgebiete, die dann dem energischen Widerstand der organisierten Mieter nicht ganz so schwamm ausgestanden sind, als es im Wiedereintheilungsgesetz geblieben war. Der Widerstand hörte also etwas genutzt, doch mußte in Zukunft die Wirtschaft noch viel entschärft gegenübert den politischen Parteien und den Regierungen auftreten, damit fürtig die Verhandlungsposition etwas anders aussieht als in den letzten Zeit. Das Geschichtliche der Situation, die mit den gerade für die gewerbetreibenden Mieter erzielbaren Verhältnissen geschafft wurden sei, liege darin, daß damit der Weg zur Rückkehr zur freien Wirtschaft angebahnt wurde. Der Sozialdemokrat vorbereitet, der den Gedanken des Mieterschutzes und der Mietpreisbildung dauernd in das Bürgerliche Gedächtnis hineinarbeitet.

Der zweite Redner, Herr Herrmann, kennzeichnete ebenfalls die Wirtschaftspartei, die unter der Fassade einer Mittelpartei auch die gewerbetreibenden Partei loben will, als keine Hausbesitzerpartei, die bereits im Reichstag die vollständige Befreiung der sogenannten Wohnungswirtschaft gefordert hat. Obwohl die Mieterorganisation nach ihren Sätzen politisch neutral sei, müsse sie doch die ernste Mahnung ergehen lassen, dieser Partei, die den Mieterschutz zerstören und die egoistischen Wünsche der Haushalter erfüllen will, unter keinen Umständen die Stimme ab geben. Es hätte freilich nichts gesagt, wenn Herr Herrmann trog der politischen Neutralität der Mieterorganisation noch einen Schritt weiter, gegangen wäre und in diese Partei alle bürgerlichen Parteien eingeschlossen hätte, denn bislang haben sich im Landtage nur die proletarischen Parteien, allen voran die Sozialdemokratische Partei, als die zuverlässigsten und ehrlichsten Freunde des Mieterschutzes erwiesen. Deshalb dürften die Mieter mit Erfolg auf die gewerbetreibenden Mieter, wenn sie nicht ihre Interessen mit eigenen führen treten wollen, nur die Liste der Sozialdemokratischen Partei (SPD) wählen.

Die Versammlung nahm nachhaltende Entschließung an. Die zu einer Protestversammlung am 26. Oktober 1926 in Dresden zahlreich erschienenen Geschäfts- und Gewerbeamtmieter erheben nachdrücklich Einspruch gegen die Verschärfung des Reichsmietengesetzes und des Mieterschutzgesetzes, von der die in erster Linie betroffenen und der Wohlstüre der Vermieter erneut ausgezehgt werden sollen. Der unanständige Geschäftsmann, der heute schwer um seine Erstlinge ringen muß, sieht sich durch die Verschärfung des Mieterschutzes noch besonders bedroht.

Handels- und Gewerbeamtmieter haben durch die Angebote einseitig eingerichtete Gutschäfte für die Handels- und Gewerbetreibenden vergrößert, anstatt sie in erster Linie zu schützen. Sie erwarten nunmehr von den gesetzgebenden Körperschaften Mieterschutzbefreiungen, die ihrer Rolle entsprechen. Sie fordern Bau und nicht Abbau des Mieterschutzes innerhalb des von der Wirtschaft geforderten neuzeitlichen Wohnwirtschaftsgesetzes.

Die handels- und gewerbetreibenden Mieter werden deshalb bei den kommenden Wahlen auch nur die Parteien unterstützen, die ihre berechtigten Belange auch auf dem Gebiete des Mieterschutzes und der Wohnwirtschaft unterstützen und vertreten."

### Frauenfragen im Landtag

Die von der SPD für Dienstag abend nach dem Kirchallwacht einberufene Frauenfeier stand und war sehr zahlreich besucht. Einzelne, sogenannte Lieder, von einer Frauengruppe des Arbeiter-Sängerbundes vorgetragen, leiteten den Abend ein. Unter reger Teilnahme sollte dann der Wehrkampf über die Leinenwunde. Seine Bilder illustrierten schon im voraus und tiefen aus Bewußtsein zurück, was im Anschluß an den Film "Genossin Erika" Thümmler in längeren Ausführungen zum Landtagsablaufaufwand darlegte. Nachdem die Rednerin ein in großen Linien gezeichnetes Bild der politischen Lage in Sachsen und im Reich aufgerollt und vor allem die verhängnisvolle Politik der jüdischen Koalition gebrandmarkt hatte, wendete sie sich den Frauenfragen im sächsischen Landtage zu. Bringtwill betonte die Rednerin hierbei, daß es beforderlich, nur von Frauen zu erledigende Fragen im Landtage nicht gebe, vor allem für die sozialdemokratischen Frauen nicht gebe. Auch die sogenannten Frauenfragen könnten nur in engerster Zusammenarbeit mit den Genossen, niemals etwa in gesondertem Zusammensetzung mit den Frauen der bürgerlichen Parteien gelöst werden. Von den bürgerlichen Frauen kenne die sozialdemokratischen Frauen immer die tiefe Rücksicht der Klassegegensätze, die nun einmal nicht zu überbrücken sei.

Die Rednerin kritisierte dann im einzelnen die unzureichende Arbeit des vergangenen Landtags besonders auf dem Gebiete der Wohlfahrtspflege, der Gewerkschaften und Wohnungswirtschaft und in der Heimarbeitinnenfrage. Sie schloß ihre Ausführungen mit einem kräftigen Appell an die Frauen und Männer, nächsten Sonntag ihre Pflicht zu tun.

Mit einigen weiteren Liederworten und dem allgemeinen Gesang des Sozialistenmarsches schloß der gelungene Abend.

### Für die Liste 4

Genosse Sendewitz, Reichstagsabgeordneter und Redakteur unseres Parteiblattes, sprach gestern abend im Volkshaus Dresden-Lft. In ausgezeichneten, wirkungsvollen Ausführungen gab Genosse Sendewitz, dem für seinen heutigen, zweiten Vortrag in den Blumenwäldern ein übervolles Haus zu wünschen ist, einen Überblick über die Ursachen und Wirkungen der Wirtschaftskrise, über die Verhältnisse im Reich, die Zusammenhang der internationalen Wirtschaft und über die Notwendigkeit und zwingenden Forderungen des Tages. Nach einer neuen Statistik sinken die Reallohne. Trotzdem die Reichsfinanzen einen Überschuss von 800 Millionen Mark über den Vorjahrsabzug aufweisen, soll angeblich kein Geld da sein zur Behebung der Krise. Die Arbeitslosigkeit wirkt nicht unzüglich auch auf die, die nun in Armut leben, denn durch das große Angebot an Arbeitsstellen werden die Wohnungen der Arbeitenden herabgedrückt. Außerdem, als Deutschland noch finanziell war, hielt es, wenn der Bauer Geld hat, dann hat das Volk Geld. Heute, im Industriestaat, heißt es, wenn der Arbeiter Geld hat, geht es dem Volke gut. Das will aber das Magerium und vor allem der Mittelstand nicht einsehen. Aber es fällt es am eigenen Leib und richtet trotzdem seine Blöße auf die Parteien, die das Kapital in der Hand haben. Das Kapital, die Trans, die Kartelle tragen bei Wahlen nach zuvielen eine Oberzulage zur Schau, als ob sie gar nicht daran interessiert wären. Das in das Geschäft, denn von den Demokraten zu den Nationalsozialisten haben sie die Parteien in der Hand. Der Ausweg aus der Krise ist die Eröffnung eines inneren Berichts. In Sachsen, dem ausgeprägten Jubiläumsland, sind

## Der Moritzburger Schloßgarten soll zerstört werden

### Eine Flucht in die Öffentlichkeit

Der Verschönerungsverein Moritzburg-Giesenbergländje Möglichkeit mehr sehen, als in vorliegender Form die Öffentlichkeit anzutreffen. Wir nehmen Verantwortung, zum Schutz des historischen Schloßgartens zu Moritzburg auch die Hilfe Abers werken Blattes in Anspruch zu nehmen und dazu ihrer geschätzten Redaktion nachstehende Begehrlichkeit zur Kenntnis zu bringen.

Nachdem das "Haus Wetkin" durch seine Horcherzählung Moritzburg bereits seit längerer Zeit festgestellt die historischen Schönheiten und Denkmäler des Moritzburger Forsts entweder vernachlässigt oder dem öffentlichen Verkehrs entzogen hat, gibt die Forst- und Schlossverwaltung am vergangenen Freitag in dem bestiegenden Moritzburger Erdholt somit in anderen Zeitungen der Umgebung die Versteigerung von Bäumen, Bäumen und Bäumen des Schloßgartens bekannt. Diese Versteigerung sollte sich nicht nur auf unbrauchbares und abseits gelegenes Material, sondern auch auf die schönen Biergärtchen, gleich am Eingang des Schloßgartens beginnend, befinden und hätte am Sonnabend, dem 27. d. M., tatsächlich stattgefunden, wenn nicht einige begeisterte Einwohner des Ortes an Ort und Stelle energisch gegen die Flucht in die Öffentlichkeit vorgegangen wären. Wie dem aber auch sei — diese egoistische Versteigerung einer für die Allgemeinheit bedeutamen Anlage fordert zum schärfsten Protest heraus, denn höchstlich darüber zuständigen Organisationen und Behörden das nachdrückliche Gewicht geben werden. Derartige Mächtigkeiten der Erzähler und ihrer Verwaltungsorgane sind zwar eine bittere Lehre für alle, die der Entscheidung über die Existenzentfernung aus dem Wege gegangen sind — so sind z. B. auch die Mitglieder dieses Verschönerungsvereins Moritzburg-Giesenbergländje der Urne ferngeblieben! — aber diese verhältnißlose Schreie geht doch zu sehr auch auf Kosten dieser, die an der Freiheitlichkeit den Füßen gegenüber, schwilos sind.

### Was ist in Pillnitz geplant?

Gerüchte sprechen davon, daß das Schloßgut an der Pillnitz in eine moderne Vergnügungsstätte "ersten Ranges" mit Saal, Tanzdele und großen Autogaragen umgewandelt werden soll. Solche wie erfahren könnten, handelt es sich aber bei den im Finanzministerium erörterten Plänen lediglich um eine angeblich notwendige Erweiterung und Erneuerung des Wirtschaftsbetriebs. Tatsächlich in dem jetzigen Pädagog zum 1. April 1927, den Ladenhabern und dort wohnenden Privatleuten aber schon zum 1. Januar gefordert werden — trotz der auch in Pillnitz befindlichen Wohnungsnöt.

Das Finanzministerium wird sich bald und eindeutig zu dieser die Öffentlichkeit beunruhigenden Angelegenheit äußern müssen, wenn es nicht Gerüchten Vorwurf leisten will, die einen empfindlichen Eingriff befürchten lassen an einem in vielfacher örtlich bedeutsamen Punkte, der bis jetzt ein bevorzugter Erholungsort gerade der weniger arbeitssuchenden großstädtischen Bevölkerung war, und es liegt nahe, daß eine Vergnügungsstätte der angeblich geplanten Art Befürchtungen haben würde, die auch den Pillnitzer Schloßpark nicht unbehelligt lassen würden.

Die Verhältnisse am schlechtesten. Deshalb wurden von den Sozialdemokraten die Anträge im Landtag gestellt zur Behebung der Gewerbeabschaffung und für den Wohnungsbau. Als die 30 Millionen Mark für den Wohnungsbau gefordert wurden, erklärte der demokratische Finanzminister Dr. Neff, es wären gar nicht so viel Bauarbeiter vorhanden, um diese 30 Millionen Mark auszuführen zu können. In der Stadt Berlin, das in seiner Einwohnerzahl annähernd so groß ist wie Sachsen, hat man aber 50 Millionen Mark dafür bereitgestellt. Ebenso widerstinkt und ungerecht ist die Steuerpolitik der jüdischen Koalitionsregierung, unter der besonders die kleinen Gewerbetreibenden leiden, und die großen Steuerzahler, die Arbeitergeschäftschaften gehoben werden. Die Justizbehörde und die Beamtenpolitik sind den sozialen Arbeitern und Republikanern zu bekannt, so daß sich Genosse Sendewitz darüber längere Ausführungen sparen könnte. Die Herren Ritter und Freunde werden bald gegen den Nationalsozialismus gekämpft sein. Neben der Arbeiter-Koalition ist z. B. sicher der Volkstaat, daß Ritterbusch einer der größten Deutschen gewesen sei und die Leipziger Nachrichten erklärten dazu, daß diese Stadt eine sehr erfreuliche ist. Das genug. Genosse Sendewitz forderte zum Schluß alle auf, bis zum äußersten mitzuwirken, daß Sachsen, das Arbeitervolk, auch wieder den Landtag bekomme, daß es haben muß, und daß die Sozialdemokratische Partei zum Siege über die Bürgerlichen komme.

Die Verhältnisse am schlechtesten. Deshalb wurden von den Sozialdemokraten die Anträge im Landtag gestellt zur Behebung der Gewerbeabschaffung und für den Wohnungsbau. Als die 30 Millionen Mark für den Wohnungsbau gefordert wurden, erklärte der demokratische Finanzminister Dr. Neff, es wären gar nicht so viel Bauarbeiter vorhanden, um diese 30 Millionen Mark auszuführen zu können. In der Stadt Berlin, das in seiner Einwohnerzahl annähernd so groß ist wie Sachsen, hat man aber 50 Millionen Mark dafür bereitgestellt. Ebenso widerstinkt und ungerecht ist die Steuerpolitik der jüdischen Koalitionsregierung, unter der besonders die kleinen Gewerbetreibenden leiden, und die großen Steuerzahler, die Arbeitergeschäftschaften gehoben werden. Die Justizbehörde und die Beamtenpolitik sind den sozialen Arbeitern und Republikanern zu bekannt, so daß sich Genosse Sendewitz darüber längere Ausführungen sparen könnte. Die Herren Ritter und Freunde werden bald gegen den Nationalsozialismus gekämpft sein. Neben der Arbeiter-Koalition ist z. B. sicher der Volkstaat, daß Ritterbusch einer der größten Deutschen gewesen sei und die Leipziger Nachrichten erklärten dazu, daß diese Stadt eine sehr erfreuliche ist. Das genug. Genosse Sendewitz forderte zum Schluß alle auf, bis zum äußersten mitzuwirken, daß Sachsen, das Arbeitervolk, auch wieder den Landtag bekomme, daß es haben muß, und daß die Sozialdemokratische Partei zum Siege über die Bürgerlichen komme.

### Dem Verdienste seine — Dornenkrone

#### Die Geschichte einer Selbstanzeige

Eine bemerkenswerte Strafsache, der eine Selbstanzeige zugrunde lag, beschäftigte am Dienstag das Dresdner Gemeinsame Strafgericht. Die Anklage lautete auf passive Beamteneinstellung in zwei Fällen und rückte sich gegen den Privatbeamten an der Technischen Hochschule zu Dresden, Professor Dr. Conradi. Er amtierte von 1912 bis 1921 als Pathologe und Abteilungsleiter in der Landesstelle für öffentliche Gesundheitspflege, der u. a. die Aufgabe zufiel, viermal im Jahre, und zwar quartalsweise, Untersuchungen des Dresdner Zeitungswassers vorzunehmen. Vorbehalt waren diese Untersuchungen während der Amtszeit Dr. Conradis zunächst dem damaligen Direktor der Landesstelle, Professor Renf, und ausgeführt wurden in der Regel von einer Laborantin. Es haben von früher bei Vereinbarungen zwischen der Stadt und der Landesstelle bestanden, nach denen die fraglichen Pathologischen und chemischen Wasserprüfungen auch in Händen des Einzelten von Hochwasser vorgenommen werden sollten. Tatsächlich jedoch sind solche außergerichtlichen Untersuchungen während der Jahre, in denen Dr. Conradi in der Landesstelle arbeitete, nicht erfolgt. Die wissenschaftliche Auffassung des Professors Renf war dahin gegangen, daß die Einzelten das Hochwasser alle auf, bis zum äußersten mitzuwirken, daß Sachsen, das Arbeitervolk, auch wieder den Landtag bekommen, daß es haben muß, und daß die Sozialdemokratische Partei zum Siege über die Bürgerlichen komme.

Von den geladenen Zeugen wurde nur ein Teil gehört. Beheimat Renf bestätigte das enge Zusammenarbeiten zwischen den bacteriologischen Instituten der Hochschule und Landesstelle,

bestätigte auch die Existenz gewisser Gewohnheitsrechte, aus denen heraus Conradi auch seine Privatuntersuchungen in der Landesstelle vertrieb. Er, der Zeuge, wurde auch nichts gegen die Vornahme der fraglichen Untersuchungen eingesetzt haben, nur wäre eine Meldung hierüber zu erwarten gewesen. Nach Professor Renf wurde Professor Dr. Kuhn vorgenommen. Er war früher Ordinarius für Hygiene an der Technischen Hochschule, nach Verleihung des Professors Renf in den Ruhestand und Wiederaufnahme (neben Professor Heiduschka) der Landesstelle. Nun ist er als Vertreter der bürgerlichen Gedankenwelt bekannt. Und durch die Gerichtsverhandlung rückte er für uns in ein noch eigenartigeres Licht. Wie sich ergab, hat er die Sache des Dr. Conradi mit ins Rollen gebracht! Als Zeuge sagte er, daß er vom Verhalten Dr. Conradi's einen Eindruck einer schweren Schädigung des Ansehen der Landesstelle gehabt hätte. Als der Zeuge sich des weiteren zur Beleidigung des Angeklagten angewandt gedachte und zum Ausdruck brachte, daß dieser doch mit der Untersuchung des Dresdner Zeitungswassers betraut gewesen sei, unterbrach ihn der Verteidiger und fragte, ob der Zeuge sich jemals von der Rüdigkeit dieser Darstellung überzeugt habe; bisher habe die Beweisaufnahme nämlich das Gegenteil ergeben! Kuhn war sehr erstaunt und meinte, er wisse nicht, was er dazu sagen solle; er wäre bisher der Überzeugung gewesen, daß dem Angeklagten sämtliche, auch die Dresdner Wissenschaften obliegen sollten. Man batte sich also vor dem Ins-Kennen-bringen der Angelegenheit nur sehr mangelhaft über die wichtigste Frage informiert.

Es wurden noch Stadtbaurat Wöhl und drei weitere Zeugen vernommen, dann erhielt der Staatsanwalt das Wort. Er stellte einen Strafantrag. Als Verteidiger fungierten Dr. Rechtmäßiger, Dr. Lempke und Dr. Levy, Berlin. Dr. Lempke sah die Unfahrt des Kreisbevölkerung für die Wissenschaften sehr dankbar und forderte die Einführung eines schriftlichen Besuchsberichtes. Conradi hat diesen erwartet und ist dann zur Eingabe einer Einwidderung aufgefordert worden. Sie belief sich auf 25 Papiermark, deren Goldmarkwert damals etwa 20 R. betrug. In der gleichen Weise hat Dr. Conradi nach seinen Berichtserstellungen verfahren und für diese etwa 9 Goldmark erhalten. Man sah dann in dem Urteil, daß er die fraglichen Untersuchungen ohne Kenntnisnahme seiner Dienststelle, aber mit deren Rücksicht und Weisung des Professors Renf gemacht habe. Als der Zeuge sich des weiteren zur Beleidigung des Angeklagten angewandt gedachte und zum Ausdruck brachte, daß dieser doch mit der Untersuchung des Dresdner Zeitungswassers betraut gewesen sei, unterbrach ihn der Verteidiger und fragte, ob der Zeuge sich jemals von der Rüdigkeit dieser Darstellung überzeugt habe; bisher habe die Beweisaufnahme nämlich das Gegenteil ergeben! Kuhn war sehr erstaunt und meinte, er wisse nicht, was er dazu sagen solle; er wäre bisher der Überzeugung gewesen, daß dem Angeklagten sämtliche, auch die Dresdner Wissenschaften obliegen sollten. Man batte sich also vor dem Ins-Kennen-bringen der Angelegenheit nur sehr mangelhaft über die wichtigste Frage informiert.

Nach langer Beratung wurde Dr. Conradi kontinuierlich freigesprochen, da es ihm unbekommen gewesen sei, seine niederklasslichen Arbeitern als Dozent mit den Mitteln und Beamten der Landesstelle und gegen Vergütung auszuführen. Gemängelt wurde lediglich die Unterlassung einer Mitteilung an die Dienststelle, was uns indes in vorliegendem Falle sehr nebenständlich erscheinen will. Die Bedeutung der Untersuchungen Dr. Conradi's ist eine so groÙe, daß eine bloße Antwortfrage daneben gar keine Rolle spielen sollte!

Mit dem erfolgten Freispruch ist diesen Eindruck hat die Verhandlung vermittelt, eine fadetlange und aufsehenerregende Prozeßverhandlung zu erklären. Erzabereit in sich zusammengebrochen!

## Genosse Stelling

### Mitglied des Parteivorstandes

Spricht morgen Donnerstag, 7<sup>h</sup>, Uhr,  
im Volkshaus, Trabantengasse,

für die Liste 4





## Sachsen

### Wird Buck Landtagsabgeordneter? Das Paradeplakat der Freiheitzwanzig

Die Freiheitzwanzig haben sich bekanntlich gehüet, einen der Hauptverantwortlichen der sozialistischen Politik der letzten Jahre, Böckle oder Bück, an die Spitze der Kandidatenliste zu stellen; sondern sie haben zum Spurenkandidaten ihrer Liste den Dresdner Kreishauptmann Wilhelm Buck gemacht. Buck ist Mitglied des Verwaltungsrates der Reichsbahngesellschaft und aus diesem Grunde nicht berechtigt, neben diesem Amt ein Mandat im Landtage oder im Reichstag oder das Amt eines Ministers anzunehmen. Die NSPS, räumt diese Tatsache tot.

Zu Bücken wurde vor einigen Tagen am Buck die Klipp und Flare frage gerichtet, ob er nach einer eventuellen Wahl zum Landtag noch Mitglied des Reichsbahnrates bleibe. Darauf gab Buck folgende Erklärung ab:

- Im Herbst 1926 schied ein Drittel der Mitglieder des Verwaltungsrates der Reichsbahn aus. Die auscheidenden Mitglieder werden durch das Los bestimmt. Es könnte sein, daß er mit zu denen gehört, die das Los trifft.
- Wenn es der NSPS gelingt, eine Reihe Mandate in Sachsen zu erringen, sollte er auf die Ausübung seines Mandats verzichten, weil dann seine Partei genügend Stoff vertreten sei.
- (Als der fragsteller Buck gegenüber bemerkte, daß die NSPS wohl kaum mehr als ein Mandat erlangen wird, erklärte Buck: daß er sich in diesem Falle die Entscheidung noch vorbehalte.)

Mit diesen Erklärungen wird bestätigt, daß es den Freiheitzwanzig gar nicht darauf ankommt, Buck in den Landtag zu bringen, sondern nur, um einen angemessenen Spurenkandidaten zu bekommen. Denn wenn Buck willens wäre, in den Landtag einzuziehen, dann hätte er Klipp und Flare erklären können, er lege für den Fall seiner Wahl das Amt im Verwaltungsrat der Reichsbahn nieder. Diese Erklärung ist nicht gegeben worden. Die Partei, die aus alter Abhängigkeit dem früheren Sozialdemokraten Buck gegenüber nunmehr ihm ihre Stimme geben wollen, mögen daraus erkennen, daß sie nicht Buck, sondern Böckle und seine Hintermänner wählen. Wer deshalb keine Wahlentscheidung treffen will, wähle

#### Liste 4.

### „Sächsische Demokraten“

Der Austritt des Ministerialdirektors Günther aus der Dehne-Partei

Nennt sich nicht und aus Beamtenkreisen: Die katastrophale Wirkung, die der Austritt des bekannten Ministerialdirektors Günther auf den sächsischen Demokratischen Partei, Partei Dehne-Kastner, und noch mehr seine Beurteilung in der Beamtenschaft gehabt haben, bringt die Dresden demokratische Kreisgruppe und ihren Beamtenausschuß zur Kreme. Die laune Beurteilung in der Gesellschaft, man sei von Günther wegen seiner Unterstützung Rechners und wegen seiner parteipolitischen Einfließung bei den Erneuerungen längst aufgeruht, und man lehne weitere Auseinandersetzungen darüber ab, weil sich neue Behauptungen längst als unrichtig herausgestellt hätten, zeigt jedoch, wie unbehaglich man sich im demokratischen Lager fühlt. Toll soll man ganz umsonst den Untersuchungsausschuß für Personalpolitik im Sächsischen Landtag mit solisiert haben! Würde man doch genau, daß die angeklagte Widerlegung der Güntherschen Behauptungen weder nur infolge der Bindung der Beamtenschaft zur Amtsverschwiegenheit möglich war, und daß die sächsische demokratische Landtagsfraktion vor ihrer Wählerschaft eine ständige Rolle gespielt haben würde, wenn die Beamten vor dem Untersuchungsausschuß einmal hätten reden können.

Und wo findet sich die den Herren sächsischen Demokraten ungeliebte parteipolitische Stellungnahme Günthers bei den Erneuerungen? Darin, daß die Hauptanwälter der Herausgeber aufgezogenen Demokraten waren? Den Erneuerungen hat man sich sehr gern gefallen lassen. Es gab aber tatsächlich nicht nur Demokraten, und dann mußten selber demokratische Wünsche auch auf Bedenken stoßen. Einen eben aus dem Rezessorei gefrochenen Abschluß konnte man unmöglich gleich zum Ministerialdirektor machen, selbst wenn er auf das demokratische Parteibuch als Referenz verwies. Nein, nein! Die Sache liegt tiefer. Herr Günther ist ein aufrechter Republikaner, der die sächsische Demokratische Partei aus der Gefangenheit der Dehne-Kastner (Partei Schwarzwasser!) in das republikanische Lager zurückzuführen sich bestrebt hat. Als er die Erfolgslosigkeit seiner Bemühungen eingesehen hat, hat er durch seinen Austritt aus der sächsischen Demokratischen Partei die Konsequenzen gezogen, und das steht bis in die Anfänge der gesamten verfassungsstreuen sächsischen Beamtenschaft, mag sie politisch stehen, wie sie will. Hoffentlich ziehen die republikanischen Beamten aus dem Schrift Günthers für sich selbst bei der Wahl die Ruhmendung!

### Ein Stahlhelmpastor als Darlehenstschwindler

Aus der Galerie nationaler Ehrenmänner

Am Dienstag begann vor dem Gemeinsamen Schöffengericht in Leipzig ein Vertragsprozeß gegen den Pfarrer früheren bürgerlichen Pastor und jetzigen Provinzialsprecher Mag. Alfred

Windisch aus Planen. Dieser christliche Pasto ist wegen Darlehenstschwinden und Vertrags im 24 Jahren, die er in Leipzig und in anderen Orten vertrieben hat, angeklagt. Windisch war im Jahre 1920 als Pfarrer in der Gemeinde Rossau-Unterleben in Plaizingen tätig. Da er sich jedoch weigerte, als Deutschnationaler den Eid auf die Republik zu leisten, trat er von seinem Amt zurück. Längere Zeit war er als Bibliothekar in der Deutschen Bücherei in Leipzig beschäftigt. Jedoch da ihm auch hier die Lust zum Arbeiten fehlte, verließ er die Stelle und gründete sich unter dem bürgerlichen Namen Pastor Windisch o. D. ein Darlehenstgeschäft.

Allen Darlehennehmenden schwindete dieser völkische Strategie vor, er habe gute Beziehungen zu dem Reichskommissar Stresemann, desgleichen zu einem Geheimrat der Deutschen Lebensversicherungsgesellschaft und zu dem Generaldirektor Schwartzepp von Reichsbund des Deutschen Adels. Von dem Geheimrat der Reichsversicherungsanstalt sei ihm die Finanzierung seines Darlehenstgeschäfts in Aussicht gestellt worden, und alle überflüssigen Gelder der Reichsversicherungsanstalt würden durch ihn gegen geringen Bruttogehalt an Kleingewerbetreibende und Binderbeamittelte ausgeleihen. Auch erzählte Windisch den leichtgläubigen Interessenten, daß er mit dem Reichskommissar Stresemann verfreundet sei, so daß er durch ihn eine Astellung in der Reichsversicherungsanstalt erhalten. Alle diese Angaben waren plumper Schwundel, denn der völkische Pastor hatte Stresemann das letzte Mal im Jahre 1914 als Goulenbruder in Berlin gesessen. Auch die Beziehungen zu einem Geheimrat der Reichsversicherungsanstalt waren Schwundel. Durch diese Vertragsmänner war es Windisch gelungen, innerhalb drei Monaten Darlehennehmende um etwa 7000

verlangt, doch die Bauern eproptiert werden oder gar ihr Güter konfisziert werden sollen."

Und an einer andern Stelle, auf Seite 98 des selben Schrifts, sagt Gaulsky:

„Über von einer gewaltsamen Forderung dieser Entziehung wird das Siegreiche Proletariat ablehnen, und zwar kann aus dem sehr leidigen Grunde, weil es nicht danach verlangt wird, sich ohne Not blutige Kräfte zu kosten.“

Und das wäre das Resultat jedes Versuches, den Bauern eine neue Produktionsweise aufzwingen. So kostet vor sich die Kampfgeist und Unerschrockenheit des Proletariats verschlafen mögen, sein Kampf richtet sich nicht gegen die kleinen Leute, die selbst angebietet sind, sondern gegen die großen Auszucker.“

Durch diese Darlegungen staunst du über Klipp und Flare, beweisen, daß die Sozialdemokratie nicht gegen, sondern für die Kleinbauern ist.

Deshalb müssen Kleinbauern und Landarbeiter am 31. Oktober gemeinsam für die Liste der Sozialdemokratie stimmen!

### Ein böser Reinfall der NSPS.

Einen verschwendenden Reinfall erlitten die Freiheitzwanzig am vergangenen Sonnabend in dem Steinmarktturm. Dein Thumig. Sie hatten dort eine öffentliche Wahlerversammlung abgehalten, in welcher Landtagsabgeordneter Günther, Klipp, Flare, sprechen sollte. Gatt Günther erschien aber beißend. Außerdem hatten sie von der Bauherrin NSPS-Dreisprung zu zweit Funktionäre Rädler und Wagnatsh eingeladen.

So kamen diese drei nun im Saale von Herzog Gotha an Dinge, die so kommen sollten. Sie warteten bis 8 Uhr, sie noch nicht eine Viertelstunde zu und hörten es schließlich mit immer länger und entzückter werdenden Geschichten 9 Uhr schlagen. Aber der Saal blieb leer und öde. Nicht ein einziger Besucher hatte zu eingefunden. Wie die betrübten Sozialarbeiter zogen denn Rädler und Wagnatsh mit ihrem Hauptling Gedächtnis von dannen.

### Arbeitgeber und Fortbildungsschule

Eine beachtenswerte Entscheidung hat das sächsische Oberlandesgericht gefällt. Gegen die Gutsherrinnen des Wirtschaftsgebietes in Radibor war wegen Raubüberhandlung gegen das Volksschulgesetz eine Strafverfügung erlassen worden, weil es am 11. März 1926 ihr Dienstmädchen ungetreulich fertigtenweise vom Fortbildungsschulunterricht ferngehalten und an den Klosterneuburg ein unmaßiges Entzündungsschreiben geschickt haben sollte. Das Amtsgericht hatte aber auf Freispruch erkannt, weil noch jener Meinung eine erhebliche Gemeinde Auflösung der Angeklagten an das Mädchen, in die Schule zu geben, vorgeladen habe. Allerdings hätte sie nach dem Besieg des Mädchens auch zum Schulbesuch anhalten müssen, indeßen hätte sie nicht das Recht zur Anwendung drauf, die Mittel gebracht, um das Mädchen zum Schulbesuch zu bringen. Dem anwaltlichen Entzündungsschreiben wurde kein Schuldeneid des Angeklagten erhoben, weil das Mädchen erklärt habe, unbedingt ein solches Schreiben haben zu müssen. Hiergegen richtete sich die Revision der Staatsanwaltschaft. Das Oberlandesgericht hat unter Aufhebung des angefochtenen Urteils die Sache vor anderweitigen Verhandlung und Entscheidung an die Kammer zurückverweisen. Der Vorsitzende habe die Bedeutung des Begriffs „Anhalten“ sehr richtig gemaßigt. Mit der unwohlen Entscheidung vor der Kammer ist die Angeklagte ihrer Verpflichtung, dafür zu sorgen, daß das Mädchen zur Schule ging, nicht nachgekommen. In habe vielmehr die Schulverzäumung des Kindes erlaubt, leichter anstatt ihr entgegenzutreten. Demnach habe sie sich strafbar gemacht. Wenn die Angeklagte in guten Glauben gehandelt haben wollte, so könne sie höchstens über die Umfang ihrer geplanten Verpflichtung geirrt haben. In solcher Strafrechtsrität schließe aber die Strafrechtliche Verantwortung nicht aus.

### Ein katholisches Gymnasium in Baugen

Zu der Wiedergabe einiger Zeitungen über die Errichtung eines katholischen Gymnasiums in Baugen teilt das Wirtschaftsministerium für Volksbildung mit: Die Errichtung eines katholischen Gymnasiums in Baugen kommt nicht in Frage. Es handelt sich nur um den Wunsch katholischer Kreise, an der Domkirchlichen Katholischen Oberschule mit Aufbaulassen zu Baugen wissenschaftlichen Unterricht in der griechischen Sprache einzuführen, damit die Anzahl zugleich der Vorbereitung künftiger katholischer Priester dienen kann. Über dieses Gedanke ist noch nicht entschieden worden. Eine Bekanntmachung, die mit den Restoren der Baugener höheren Schulen abgeschlossen worden ist, gilt der Errichtung des Baugener höheren Schulwesens im allgemeinen.

**Blanckleibergäßchen.** Der Pfandleihen darf sich nach einer neuen Ministerialverordnung an Zinsen nicht mehr als a) 3, b) 4 für jeden Monat von Darlehensbezügern bis zu 30 Mark, c) 4,5 für jeden Monat, soweit das Darlehen den Betrag von 30 Mark übersteigt, ausbedingen oder zahlen lassen.

### XVIII.

Es dunkelte; vom Hölde lehrten Bauern und Knechte. Da erschien der Hahn auf dem Dache Stairs; rot und schlank flatterte er hoch in den Himmel hinauf. Dann erschien er auf der Scheune, dem Stall, dem Schuppen, auf beiden Heustäbeln; die Flamme war groß und zuckte mächtig von der Erde in den Himmel. Glühende Späne wirbelten kreisend in die reisenden Felder, wie von Menschenhand geschleudert. So zündete Barthel seine entzündliche Fackel an.

Die Leute standen umher und zitterten — wer könnte dieses Feuerloch lösen, das der Wind wie eine wabernde Wolke über das Tal trug, wie einen gigantischen Vogel, mit summenden Flügeln in den Himmel trug? Barthel standen sie dort, alle bleich, in die Sünde starrend, zitternd; die schweren Herzen zeusammen unter gesammelten Gebeten.

Da erschien unter ihnen der lange Barthel, mit verbrannten Händen und verengtem Haar. Und lachte fröhlich auf.

Meine Pfeife hab' ich gesucht! Ich wollte nicht, daß auch sie verbrennen; ich habe sie vergessen, als ich in die Welt ging. Brennt mein Haus nicht lustig, ist das nicht ein schönes Feuer? Wer eine Pfeife hat, zünde sie an: Feuer gibt's genug!

Er stieß die Pfeife in den Mund, stemmte die Hände in die Seiten und schaute in das Feuer.

„Barthel hat angezündet!“

Raum wurde der Ruf laut, als es ihm schon vor den Augen dunkel wurde, er holperte und fiel zu Boden.

„Schlagt zu!“

Mit brennenden Schritten schlugen sie auf ihn und traten ihn mit genagelten Sohlen, selbst alle verbrannte und verbrannte.

„Ans Feuer mit ihm!“

Sie ergripen ihn, hoben ihn, wie er war, blutig, verbrannte, auf, schwangen ihn dreimal — hoch stoben die Funken aus den Flammen auf. Als sie aus dem Feuer traten, hatten sie schwarze Hände und schwarze Gesichter.

Also geschehen auf Bettina. Gott erbarme sich Barthels, seiner Richter und aller Sünder!

— Ende —

## Barthel, der Knecht, und sein Recht

(Schluß) Von Ivan Čonkar

### Aus dem Slowenischen von Jozef Glonar

Er wunderte lange und ruhte drehend; noch vor der Dunkelheit aber kam er nach Bettina.

„Ja, ist das Barthel?“ fragten sie, als sie ihn erblickten. „Er ist zerlumpt und verstaubt, bis zum Gürtel gebüxt, ein großer Greis — ist das wirklich Barthel?“ wunderten sie sich und blieben ihm nach.

Barthel drehte sich nicht um, grüßte niemand und sprach niemand an. Er blieb auch nicht dahin, wo sein weißes Haar stand. Er ging geradeswegs zum Pfarrer.

Der Pfarrer war ein freundlicher Herr, dick und rotwangig mit einem lächelnden Gesicht.

„O Barthel, Barthel, wo bist du herumgewandert, daß du so alt und schwach bist?“

Barthel stand vor der Türe, riechtes seinen gebüxten Rücken hoch; unter den Brauen glommen seine Augen auf.

„Ich werde mich nicht niedersetzen, ich werde nicht ausruhen, es ist schon spät und ich bin müde! — Ich bin durch die Welt gewandert vom Büttel bis zum Richter, vom Richter bis zum Kaiser. Es gibt kein Recht auf der Welt; es ist hundert Kloster tiefs vergraben, ein schwerer Sels liegt auf ihm. Ich suche es nicht mehr auf der Welt, Büttel und Richter haben Gott verlogen, sein Wort und sein Gebot verraten. Bei Gott suche ich die Gerechtigkeit, bei ihm selbst, der Richter aber alle Richter ist! Löffnen Sie die Schrift, der Sie sein Dienst sind; entscheiden Sie meine Sache nach seinem Recht!“

Der Pfarrer trat zum Barthel und ergriff ihn bei der Hand, denn er war milden Herzens.

„Nicht so Barthel! Viel Böses ist dir geschehen, unchristlich ist man mit dir versöhnen — aber, verzeihe Ihnen, wie Gott jenen verziehen hat, die ihn verfolgt haben!“

Barthel ließ die Hand des Pfarrers los, schaute ihm stark ins Gesicht, mit stark flackernden Augen, und sprach hart wie noch nie:

„Ich spreche nichts vom Erbarmen, nichts vom Ver-

zeihen — ich spreche von der Gerechtigkeit! Urteilen Sie nach dem Worte Gottes, nach seinen Lehren und seinen Geboten! Sie sind ein Diener Gottes, aus Ihrem Munde, mit Ihrer Zunge wird er reden! Ob Gott zu mir steht oder zu Büttel und Richtern — das entscheiden Sie! Ich bin müde, möchte schon gerne in mein Haus treten, möchte mich schon gerne auf mein eigenes Bett legen!“

„Büte und ihr sind deine Gedanken, Barthel!“

„Entscheiden Sie!“

„Beuge dich, Barthel, beuge dich auch vor dem Unrecht; Gott wird alles entscheiden!“

„Unendlich gerecht ist er — wo ist seine Gerechtigkeit?“

„Ist das Haus mein nach seinem Recht, oder wessen ist es?“

„Das soll er entscheiden, das sollen Sie mir sagen, der Sie sein Apostel sind!“

„Hart und unnahbar war Barthels Blick, wie von Stein sein Gesicht; aus dem Herzen war alle Bitternis und alle Hoffnung verschwunden.

„Gibt es eine Gerechtigkeit bei Gott oder nicht?“

„Vöterni ist du mit Worten, Barthel!“ sagte der Pfarrer und trat einen Schritt zurück, denn ihn schauderte.

„Trüsst du vor Gott, so fordere nicht stehend, sondern knie nieder, bitte und weine!“

„Ich werde nicht bitten und nicht weinen, mein Recht ist göttliches Recht; was er selbst eingesetzt hat, wird er nicht umwerfen; was er gesprochen hat, wird er nicht verleugnen. Mein Schuldnier ist er; ich knie nicht — ich stehe und fordere!“

„Du hast noch Blut in Barthels Gesicht; auf einmal erschien es auf der Stirn, auf den Wangen; seine Lippen zitterten.

„Entscheiden Sie! Sagen Sie das Wort, auf das ich so viele bittere Tage gewartet habe; gibt es eine Gerechtigkeit oder nicht — gibt es einen Gott oder nicht?“

Bei diesen Worten erschrak der Pfarrer, streckte seine zitternde Hand aus und wischte bis zur Wand zurück.

„Hinweg, du Heide!“

Barthel wirkte noch und starrte mit leuchtenden Augen.

„Hinweg, du Gottleslästerer!“ rief der Pfarrer.

Barthel wandte sich langsam um und ging; er ging mit harten Schritten gar nicht mehr gebückt, nicht mehr stark, ohne Bitterkeit und ohne Hoffnung im Herzen.





Ausschneiden!

# Der Wahlkampf

Weitergeben!

Beilage zur Aufklärung der Wähler und Wählerinnen

## Die Wettiner und die Kommunisten

Am 15. Januar 1923 das Ministerium und dem Sächsischen Landtag eine Vorlage über die Abfindung des ehemaligen Königshauses unterbreitete, erregte die Aufstellung des ehemaligen und sozialen Wertes, die den Wettinern aufzuholten, in den Kreisen der linksstehenden Landtagsabgeordneten den lebhaftesten Widerstand. Das Kabinett unter vertrat dann zwar den Vertragseinsatz mit dem ehemaligen Schlosshaus zugunsten des Staates zu verbessern, aber waren diese Bemühungen erfolglos. Damals riet der sozialistische Vertreter des Parteibundes dem sächsischen Kabinett, die Werte unbedingt zur freien Verfügung des sächsischen Volkes zu halten. Er schägte allein den Wert des Sammlerhauses, Grünes Gewölbe, Gemäldegalerie usw., auf eine geringe Höhe.

Die Wettiner liebten 1923 wegen ihrer Abfindung in unüberlegter Weise. Sie fürchteten, die politische Entwicklung könnte dazu führen, daß die ganze Abfindung ins Wasser gehen werde. Darauf drängten sie auf eilige Erledigung der Abfindung. Der juristische Beauftragte der Wettiner war in diesen Tagen lang im Ministerium, um die Interessen seiner Nachbarstaaten wahrzunehmen. Die Meduslage war so, daß keiner ein Vergleich über die Abfindung geschlossen werden konnte, oder daß die Wettiner den Staat um Übergabe von ihnen beanspruchten Vermögensbestände verklagten würden. Eine Klage hätte wahrscheinlich einen sehr langen Prozeß bedeutet. Sein Ausgang war für den Staat mehr als weniger unsicher. Das Misstrauen gegen die Richter war nur begründet.

Der sächsische Staat hätte sich auch nicht helfen können an eine Einigung, denn die wäre nach dem Reichsrecht nicht ungültig erklärt worden.

Für die Wettiner war die Meduslage günstiger als für den Staat. Als Gegenmauer wirkte 1923 die Angst der Wettiner vor der weiteren radikalen politischen Entwicklung. Diese Angst der Wettiner setzte sich noch, als im Oktober 1923 die sozialistisch-kommunistische Regierung gebildet wurde. Aber auch diese Regierung hatte ein Interesse an der Erledigung der Angelegenheit. Der Staat brauchte weitere Geld, und alle Bemühungen des Finanzministers Böttcher, Geld zu beschaffen zur Befriedigung der sozialen Forderungen, zur Unterstützung der in Not Geratenen, der Bürgermeistern usw., waren völlig ergebnislos geblieben. Der Abschluß der Auseinandersetzung mit den Wettinern hätte schließlich den Staat Vermögenswerte zugeführt, die wenigstens zum Teil zur Deckung der sozialen Ausgaben dienen würden konnten.

Aus diesen Erwägungen mußte sich auch die sozialistisch-kommunistische Regierung mit der Abfindung beschäftigen. Bei der ersten Bekanntmachung erklärte Böttcher, es sei ganz unverträglich, daß die Kommunisten mit einer solchen Mängelgabe an die Wettiner ihren Eintritt in die sächsische Regierung könnten. Einige Tage später wurde über die Loesung gesprochen. Böttcher berichtete erneut, wie er sich vergeblich bemüht habe, irgendwo Geld für den Staat flüssig zu machen. Da drängte sich ganz von selbst wieder die Frage auf: Wie ist es mit dem Staatsvermögen, das durch die Auseinandersetzungen mit den ehemaligen Wettinern zur Verfügung des Staates stehen würde? Es wurde von Zeigner direkt bewiesen, wie groß die Vermögensbestände sind und damit Anteil die Wettiner an der beschleunigten Abfindung hätten. Da der Finanzminister keine Mittel für die Staatsaufgaben aufzutreiben scheint, bleibe als einzige Möglichkeit, die Abfindung der Wettiner zu erledigen, um dadurch die notwendigen Mittel in die Hand zu bekommen.

Die Kommunisten machten nachdrückliche Gesichter. Schließlich sagte Brandt: „Nun, wenn es nicht anders geht, müssen wir es eben machen.“ Die andern Kommunisten nahmen diese Entscheidung ihres Chefs stillschweigend hin. Auch Böttcher schwieg dazu.

Die ursprüngliche Absicht der Regierung Zeigner war, zu der Abfindungsvorlage der Regierung Bock eine Ergänzungsvorlage zu schaffen, die für den Staat günstiger sein sollte. Vor allem sollten dem Staat die ihm zufallenden Vermögenswerte zur freien Verfügung gestellt werden, während die Vorlage der Regierung Bock die Bildung einer Kulturmühlung vorsah, in die alle dem Staat zufließen sollten. Die Kulturmühlung sollte unveräußerlich sein.

Zu dieser Ergänzungsvorlage war es aber unter dem Ministerkabinett Zeigner nicht gekommen, weil der Finanzminister Böttcher die Sache immer wieder verschleppte.

So lagen am 23. Oktober 1923, als die Vorlage der Regierung Bock beraten wurde, die Verhältnisse. Der Ministerpräsident Zeigner vertrat reformmäßig die ihm unmittelbar unterstehende Angelegenheit. Die sozialdemokratische Gemeinkommission ließ durch ihren Redner erklären: daß vom Standpunkt der Gerechtigkeit aus die im Vertrag angeführten Sachwerte sämtlich dem Volke gehören.

Einige Tage später, am 29. Oktober, wurde die Regierung Zeigner gestürzt. Nun war die Situation völlig verändert.

Wäre nach dem Sturz des Kabinetts Zeigner wieder eine sozialistische Ministerregierung zustande gekommen, dann hätte auch die Möglichkeit bestanden, die Abfindung günstiger zu gestalten, als sie noch unter der Koalitionsregierung Bock wurde. Da aber die Kommunisten erklärten, sie würden weder in diesem Landtag noch nach Neuwahlen eine sozialistische Ministerregierung unterstützen, machten sie die Wahl frei die Bildung der Koalitionsregierung, die die Abfindung im beschleunigten Tempo nach der Vorlage des Kabinetts Bock erledigte.

Die Kommunisten summten dagegen.

Die Dreifundzwanzig machten selbstverständlich Koalitionspolitik.

Die sozialistische Fraktionsspitze ließ die Sache laufen; sie nahm nicht an der Abstimmung teil, weil sie aus-

litschen Rücksichten die offene Spaltung der Fraktion nicht in Erscheinung treten lassen wollte.

Das demagogische Geschehen, der Kommunisten über die Abfindung der Wettiner ist am allerwenigsten wegen der Abfindung der Wettiner angebracht. Nicht nur, daß sie eine andere Abfindung hätten erreichen können, wenn sie eine sozialistische Minderheitsregierung unterstützt hätten. Tatsächlich haben ja die Kommunisten durch ihre Ablehnung des sozialistischen Minderheitskabinetts

nicht nur den Wettinern zu einer besseren Abfindung verholfen, sondern auch gleichzeitig den Besitzenden in Sachsen riesenhafte Steuererleichterungen zugewandt.

Raum war die Koalition am Ende, so ging sie auch daran, den Besitzenden die Steuern zu erlassen. Allein beim Erlass der sogenannten Arbeitgeberabgabe, die im Jahre 1924 mehrfach ermäßigt wurde, „ersparten“ die Besitzenden, im besonderen den Großindustriellen, etwa 21 Millionen Mark. Diese Berechnung ist noch sehr knapp. So betrugen trotz der Herabsetzung der Unternehmerabgabe und der übrigen Gewerbesteuern die Einnahmen aus den Gewerbesteuern im Jahre 1924 30 Millionen. Die Herabsetzung der Steuern

verminderte den Steuertarif für das Jahr 1925 um viele Millionen. Das neue Gewerbesteuergesetz von 1926 wird nach der Berechnung der Regierung etwa 13 Millionen bringen, also 17 Millionen Mark weniger als 1924, die ebenfalls durch die Mitschulden der Kommunisten von den Besitzenden „erspart“ werden.

Dazu die Geschenke an die Agrarier. Der Erlass der Mietzinsteuer auf die landwirtschaftlichen Gebäude, die ursprünglich nach der Regierungsvorlage zur Steuer herangezogen werden sollten.

Der Erlass der Jagtiersteuer in Höhe von 2½ Millionen Mark.

Die Grundsteuer wurde 1924 um ein Drittel ermäßigt. Das war ein Geschenk von 3,5 Millionen Mark, macht für 1925 und 1926 insgesamt rund 10 Millionen Mark.

Die Gesamtabfindung der Wettiner wird auf 12 bis 14 Millionen Mark taxiert. Die Kunstsammlungen der Wettiner in Schloss, die auf 50 Millionen Mark geschätzt werden, waren überhaupt nicht in den Abfindungsvertrag einbezogen.

Selbst bei flüchtiger Schätzung ergibt sich also, daß die Kommunisten durch ihre unsinnige Politik als Wegbereiter der Koalition dem sächsischen Volke viel größere Verluste zugefügt haben, als durch die Abfindung der Wettiner eingezogen sind.

## Die Verschandlung der Gemeindeordnung

Wohlgend für die Arbeiter der sozialistischen Vertreter in den gesetzgebenden Kreisperiodisten und die Beschlüsse der Parteigruppe. Bis zum Dresdner Parteitag von 1923 galten für die Sozialdemokratie die Beschlüsse des Reichstagabgeordneten der Sächsischen Partei 1922, der zur Gemeindepolitik folgendes beschloß:

„Schaffung einer einheitlichen Gemeindeordnung für Stadt und Land sowie eines einzigen Gemeindevertreters.

Initiative und Volksabstimmung in den Gemeinden.

Unterstellung aller Gemeindebeamten unter die Gemeindevertretung.

Wahl der Bürgermeister auf Zeit.

Geldbung und Förderung großer und leistungsfähiger Kommuneinheiten.

Befreiung des staatlichen Aufsichtsrechts auf das Recht der Gemeindevertretung ungefährlicher Verwaltungsdienste der Gemeinde.

Befreiung des Gemeindevertreters des Aufsichtsbehörden für Gemeindeorgane.

Rechtsgetreue Freigabe der kommunalen Sozialisierung.

Die hier aufgestellten Grundsätze waren im weiten Umfang in der von der proletarischen Mehrheit des Landtages im Jahre 1923 geschaffenen Gemeindeordnung erfüllt. Gerade deswegen war diese Gemeindeordnung den bürgerlichen Parteien ein Dorn im Auge. Gerade deswegen drängten sie auf eine Berichtigung dieses guten demokratischen Gesetzes. Die Dreifundzwanzig leisteten ihnen unter Führung Böttchers dabei Hilfe. Wie stand die Gemeindeordnung verhandelt wurde, das zeigt die unten folgende Zusammenstellung. Die von den Bürgern und ihren dreifundzwanzig Abgeordneten im Jahre 1925 angemessene Novelle zur Gemeindeordnung brachte unter anderem folgende Veränderungen:

„Eine Verschärfung der Staatsaufsicht

Leistungsgesetze müssen wieder zur Genehmigung vorgelegt werden.

Die Wiedereinführung des Zweikammerystems

Das Dreifundzwanzig Programm fordert:

„Aufstellung einer einheitlichen Gemeindeordnung für Stadt und Land sowie eines einzigen einheitlichen Gemeindevertreters.

Vertreter für Leitung und Beratung aller Gemeindeangelegenheiten.

Der § 30 der Gemeindeordnung von 1923 lautete:

Die Gemeindevertretungen befähigen über alle Gemeindeangelegenheiten, die nicht durch Gesetz oder Leistungsgesetz anderes Stellen übertragen sind.

Die Verschlechterungsvorlage der Koalition regelte:

„2. In Gemeinden, in denen der Gemeinderat eine Körperschaft bildet, bedarf es zur Aufstellung und Änderung von Ortsbescheiden oder Haushaltsplänen der Zustimmung des Gemeinderates.“

## Wir wollen eine soziale Rechtsordnung!

Die sozialdemokratische Partei bekämpft jede Klassen- und Parteijustiz und tritt ein für eine mit sozialem Geiste erfüllte Rechtsordnung und Rechtspflege unter entscheidender Mitwirkung gewählter Richter in allen Zweigen und auf allen Stufen der Justiz.

Darum fordert die Sozialdemokratie im bürgerlichen Recht die Befreiung der Vorrechte der Vermögenden, die Herstellung einer wahren sozialen Rechtsgemeinschaft.

Darum fordert die Sozialdemokratie im Strafrecht und im Strafvollzug gedrehten Schutz der Person und der sozialen Rechte, Erziehung des Vergeltungsprinzips durch das Prinzip der Erziehung des einzelnen und des Schutzes der Gesellschaft. Abhängigkeit der Todesstrafe.

Wer für eine soziale Rechtsordnung kämpfen will, der muß sozialdemokratisch wählen! Darum stimmt für Liste 4: Arzt, Schulze, Elise Thümmler, Wedel!

**Liste 4 ist die sozialdemokratische Liste!**  
Arzt – Schulze – Elise Thümmler – Wedel



# Großer Reste-Verkauf ab Donnerstag den 28. Oktober zu enorm billigen Preisen

Es kommen nur solche Reste zum Verkauf, die wirklich praktisch verwendbar sind  
**Siegfried Schlesinger**  
Inh. Carl Kaiser Johannstraße 68

## Es lohnt sich

wenn Sie gelegentlich im großen Schrank unseres Antiquariats herumstöbern. Sie finden immer ein besonders hübsches und ganz billiges Buch. Die Bestände werden täglich ergänzt.

Volkbuchhandlung, Wettinerplatz Nr. 10.

## Waaren-Einkaufs-Verein zu Görlitz

A.-G. / Zweigniederlassung Dresden

Allwöchentlich am Donnerstag

in allen unseren Verkaufsstellen

# Frischer Seefisch

In dieser Woche aus fester Eispackung in frischerster Beschaffenheit

**Schellfisch ohne Kopf Pf. 48**, **Kabeljau ohne Kopf Pf. 48**

**Rotbarsch ohne Kopf Pf. 38**

**Grüne Heringe zum Braten u. Backen, Pf. 28**

Außerdem in der

**Fischabteilung im Residenz-Kaufhaus**

**Steinbutt, Rotzunge, Seezunge, Lachs, Zander**

von fachkundiger Hand sorgfältig hergerichtet, zu Filetstücken geteilt, siede- und bratfertig.

**Lebende Teich-Karpfen Pfund 130**

**Lebende Schleie in allen Größen, Pfund 260**

**Lebende Aale, Bachforellen**

Auf die vorstehenden Einzelpreise verabfolgen wir **Einkauf-Gutscheine**, die am Jahresende mit

**6% Rückvergütung**

in bar ausbezahlt werden.

Telephonische Bestellungen finden pünktlichste Erledigung.

für Möbel u. freies Raum

**Tulpen**

einfache und gesetzte

**Narzissen**

**Krokus**

Schneeglöckchen

und ähnlich

**Otto Lorenz**

norm.-Zeitung & Werbung

Sämtliche und Futtermittel

Dresden-A.,

Wettinerstraße 48.

Telefonnummer 1338-11343

Guten

gesunden

**Schlaf**

und damit eine

Stärkung des

normalen Menschen

ergibt

Zie nur durch den

echten

**Baldrafin**

Vorbestellung gelde

unter Mr. 2681

Geöffnet Sam

und Sonnabend

abends ab 18 Uhr

Ab Donnerstag

# Wenn junge Mädchen ältere Männer heiraten!

Die

Ehe

im

3-Eck

Lebenswahre Handlung

Ein Schlaglicht auf die heutige Zeit, 6 Akte

Glänzendes Spiel

4, 1/2, 1/2

Kammer-Lichtspiele Wilsdruffer Straße

4, 1/2, 1/2

**RENNEN**  
zu Dresden  
Sonnabend, 30. Okt.  
nachmittags 1 Uhr  
Sonntag, 31. Oktbr.

nachmittags 12½ Uhr  
Sonderzüge zum Rennplatz ab Hauptbahnhof:  
am 30. Oktober 12.15 und 12.30. Am 31. Oktober 11.30 u. 12.01.  
Sekretariat des Dresdener Rennvereins.

Dresdener Volksbühne e. V.

3.Sinfonie-Konzert

HEUTE Mittwoch, 27. Oktober, 1/2 Uhr, Gewerbehaus

Leitung: Eduard Mörike — Orchester: Dresden Philharmonie

Mitwirkung: Pfr. René Sander, Budapest (Klavier).

I. Gluck: Ouvertüre zu Iphigenie in Aulis

II. Mozart: Klavier-Konzert C-Moll mit Orchester

III. Beethoven: Sinfonie Nr. 3 Es-Dur "Eroica"

Konzertlokal Stelaway &amp; Sons, Hamburg

Alleinvertreter: Rich. Stolzenberg, Jonann-Georgen-Allee 13,  
Die Mitglieder werden erzählt, die Pflichtkonzerte zu besuchen.  
Freier Kartenverkauf für Nichtmitglieder nur bei F. Ries, See-

straße 21, sowie an der Abendkasse ab M. 3...

Freier Kartenverkauf für nichtmitgliedige Mitglieder in der  
Geschäftsstelle Schindlerstr. 34/36 (11-3 Uhr), und an der Abend-  
kasse. Mitglieder, Studenten, Schüler höherer Lehranstalten,  
Jugendbund und Reichswehrangehörige erhalten gegen Aus-  
weis Galerie-Stehplätze ab 75 Pf. an der Abendkasse. (1948)

Aufgerufen Mitglieder 2501-3000 und Anrecht C

**Schweizerhäuschen** Schweizer Straße 1  
Jeden Mittwoch, Sonnabend, Sonntag

• Öffentlicher Tanz. •  
Heute zum ersten Male wieder der beliebte Mittwoch-Tanz

■ Witwen-Ball. ■  
Anfang 7 Uhr. 10-12 Uhr. Anfang 7 Uhr.

Trinkt  
**Radeberger Pilsner**  
einziges Erzeugnis der  
Radeberger Exportbier-Brauerei

Erstklassige Sprechapparate ab Fabrik!

Vorläufige Auswahl, da mindestens 30 verschiedene Modelle am Lager  
Apparate von M. 9,50 an. Doppelteile beliebte Schall-  
platten, 25 cm Durchmesser, preislich von M. 1,50 an. Wir  
haben alle Preise, auch die verhältnismäßig teueren  
Gummiblauplatten. Richten Sie unter Vorer, bevor Sie  
sich anwerben binden, es ist nur Ihr Vorteil. 11228

Förster & Co., Annenstraße 26, I.  
Vorläufig dieser Monat erhält bei Kauf eines Apparates  
5 Prozent Rabatt.

Schuhbedarf Artikel- und Lederhandlung

Dresden, Al. Jacobis, Ecke Augsburger Straße  
empfehlt zu wieder sehr niedrigen Preisen im

Ausschnitt echte Kernledersohlen

noch unbeschädigte Modelle, wodurch noch besonders preiswert.

11311

Striesen

Dauerwäsche Beleuchtungs

Gummiwaren, bvg. Badearbeiten, Körper (moderne) Elektrisch u. Gas  
H. Werlich, Schandauer Straße 18b Gustav Schmidt, Auguststr. 22b, 41  
Fernsprech. 2554

Drogerie zur Linde

Max Grützner, Tittmannstraße 10

Drogen/Farben/Lacke

Chemikalien — Photographie — Benzinsiation

C  
III  
CAPITOL

Prager Straße 31  
Telephon 19001

Donnerstag den 28. Oktober

— Erstaufführung —

**Der Student von Prag**

von

Hanns Heinz Ewers

Regie: Henrik Galeen

In den Hauptrollen:

Conrad Veidt / Werner Krauss  
Agnes Esterhazy

Hanns Heinz Ewers

und

Agnes Esterhazy

sind bei der Erstaufführung  
persönlich anwesend

**Sarrasani**

Täglich 8 Uhr. Sonntags auch 4 Uhr

KUNST und SPORT

1. Neues erstklassiges Varietéprogramm

2. Ringkämpfe:

**Die großen Schlafkämpfe**

Heute Mittwoch ringen:

Die beiden bis jetzt Unbesiegten

Pierre Scholz, Meisterriinger — Grunewald, deutscher Meister

Wer wird Sieger?

Roland, Meisterriinger von Sachsen — Gebhardt, Berliner Meisterriinger

Der sensationelle Entscheidungskampf

Turoff, Mittelgewichtsmu. v. Russland — Gerrigkoff, Europameister

Blondende Technik des Russen gegen die rohe Kraft des Polen

Kleinste Eintrittspreise:  
50 Pf. bis 250 M.

**Elbfium Rädnib**

Endstation Linie 8

Morgen ab 4½ Uhr der beliebte

Donnerstags-Ball

Kegelbahn u. Saal Sonnabends frei!

Telephon 43 968.

Heute und die folgenden Tage

großes

**Gänse-Essen**

Riesen-Portionen in alther. Größe  
zu billigsten Preisen.

1 Portion Gänsebraten

mit Rotkraut und Kartoffeln 1,75 M.

1 Portion Gänseklein

mit Reis und Spargel oder mit  
Hausmacherimmen 1 M. 1,25

1 Portion Gänseklein

in mittler 1 M. 1,35

1 Portion Gänseleber

mit Apfel und Zwiebel 1 M. 1,00

1 Portion Gänseweißsauer

mit Bratkartoffeln 1 M. 1,00

1 Pfund Gänselfett 1 M. 1,00

**Gambrinus-Gaststätten**

Dresden / am Postplatz.

Fahrräder

Diamant — Mars — Corona

Reparaturen ausserdem schnell, preiswert

G. Martini, Mechaniker

Strehldorfer Straße 26.

**Lampen**

eigene Werkstätten

**Naumann**

Pirnaische Straße 14

Achtung! Note Laternen

Neben Sonnabend ist der

Böhmisches Bettfedernmann

Weiße Gasse 2, 2. o. Frohberg, Grünhainichen

**V. O. Lichtspiele**  
im Volkshaus Dresden-Ost, Schandauer Straße 73  
Ecke Altenberger Str.  
Spieltage diese Woche: Nur Donnerstag und Freitag  
**„Radanika“**  
6 Akte Die Königin der Wüste 6 Akte  
Dazu:  
Das erstklassige Beiprogramm.  
= Erwerbslose zahlen Donnerstag auf allen Plätzen halbe Preise =  
Spielzeiten 1/2 und 1/2 Uhr.



**Sächsischer Arbeitersport**  
Wochenschauzeitung der sächsischen Arbeitersportler. Turnen, Reicht, abfechten, Turnen und Tanzen, Leben Montag und Dienstag und es in allen Volksbüchereien zu haben.  
Vereinigungen werden auch von allen Volksportvereinen der Weltausstellung eingezogen.

**Sächsische Lotterie-Losé**  
bei Georg Rötschke, Große Brüdergasse 39. 1135



